

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,50 Mark monatlich, 1,50 Mark vierteljährlich, 5,00 Mark halbjährlich, 10,00 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsblätter mit Wochenschrift 10 Pfennig. Postabonnements: 1,50 Mark pro Monat, 10,00 Mark pro Jahr. Inland: 1,50 Mark pro Monat, 10,00 Mark pro Jahr. Ausland: 2,00 Mark pro Monat, 12,00 Mark pro Jahr. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pfennig, für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das fertige Gedruckte 20 Pfennig, (zweiwöchige) 10 Pfennig, Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.
 Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90—151 97.
 Dienstag, den 22. Mai 1917.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90—151 97.

Kämpfe bei Bullecourt und Nauroy.

Das englische und französische Anstürmen am Sonntag — Deutscher Grabengewinn bei Cernay und Hurtebise — Französischer Vorteil nur auf dem Cornillet-Berg — Schwere feindliche Verluste.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Mai 1917. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Die gestrigen Angriffe der Engländer waren beiderseits der Straße Arras—Cambrai auf einer Frontbreite von 12 Kilometern angelegt. Wo es feindlichen Sturmtruppen zwischen der Scarpe und dem Seneffe-Bach gelang, aus ihren Gräben vorzustoßen, wurden sie in unserem vernichtenden Feuer zusammengeschossen. Westlich von Croisilles in unsere Linie eingedrungenen Feind warfen kraftvoll geführte Gegenstücke zurück. Am Nachmittag, abends und in der Nacht zwischen Fontaines und Bullecourt mehrfach wiederholte Angriffe hatten dasselbe Schicksal. Wir hielten unsere Stellung bis auf einen völlig zerstörten Graben, den wir dem Gegner planmäßig überließen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Während bei Laonang französische Teilangriffe erfolglos blieben, gelang es westpreussischen Grenadiern bei Bray, sowie bayerischen Truppen bei Cernay und westlich der Hurtebise Gme. durch Fortnahme feindlicher Gräben ihre Stellungen zu verbessern und den Gewinn gegen Wiedereroberungsversuche des Gegners zu halten. In der Champagne ist gestern wieder schwer gekämpft worden. Der seit Tagen gesteigerte Artillerielampf erreichte vom Morgen an äußerste Heftigkeit. Am Nachmittag brachen die Franzosen zu starken Angriffen gegen die Höhenstellungen nördlich der Straße Brunay—St. Hilaire-le-Grand vor. In erbittertem Ringen, das sich bis in die Dunkelheit fortsetzte, gelang es dem Feinde, auf dem Cornillet-Berg, südlich von Nauroy, und auf dem Keil-Berg, südwestlich von Moronvilliers, Fuß zu fassen; wir liegen auf den Nordhängen der Höhen. Um den Besitz der anderen Kuppen wogte der Kampf hin und her; ansangs errungene Vorteile wurden den Franzosen in schnellem Gegenstoß wieder entzogen, die alten Stellungen sind hier in unserer Hand. Abends neu einsetzende feindliche Angriffe wurden in den zurückgewonnenen Linien abgewiesen.

Die blutigen Verluste des Feindes sind auch gestern wieder sehr erheblich gewesen.

Die Gegner verloren gestern 14 Flugzeuge.
Westlicher Kriegsschauplatz.
 Keine Veränderung der Lage.

An der mazedonischen Front
 beschränkte sich die Kampftätigkeit auf vereinzelt lebhafteres Artilleriefeuer.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Abendbericht.
 Amtlich. Berlin, 21. Mai abends.

Morgens scheiterten bei Bullecourt (Artois) englische, südwestlich von Nauroy (Champagne) französische Teilangriffe. Tagsüber in mehreren Abschnitten der Arras-, Aisne- und Champagne-Front sowie auf dem Kaiser der Maas wechselnd starker Feuerkampf.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 21. Mai 1917. (B. L. S.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Keine Ereignisse von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Am 20. und 21. Mai setzte der Feind gestern seine Angriffe fort. Deren Wucht richtete sich gegen unsere Stellung zwischen Sordico und Salcano. Alle Anstrengungen des Angreifers blieben erfolglos, er vermochte nicht einen Fuß breit Boden zu gewinnen.

Am Vormittag führte der Gegner seine Massen gegen den Monte Sants zum Sturm. Der erste Angriff brach, ehe er sich zu entfalten vermochte, in unserem Vernichtungfeuer zusammen; beim zweiten bahnten sich weisliche Abteilungen in der Nähe des Klosters Monte Sants den Weg in unsere durch Trommelfeuer zerstörten Gräben. Unsere braven Truppen, unter ihnen Marburger Landsturm, trieben den Feind im Gegenstoß mit dem Bajonett zurück. Am Abend schritten die Italiener, auf Artillerievorbereitung verzichtend, zu einem breit angelegten mächtigen Angriff, der sich diesmal gegen den ganzen Abschnitt Sordico—Monte Sants richtete. Beim Sordico gelang es den

Sturmkolonnen, unter schweren Verlusten den Höhenkamm zu erklimmen. Das altdawährte Infanterie-Regiment Nr. 41 warf sich aber dann auf den überlegenen Gegner und zwang ihn in erbittertem Handgemenge zur Flucht. Die gegen den Monte Sants angeführten italienischen Divisionen wurden schon durch unser Geschützfeuer in ihre Gräben zurückgejagt.

Die gestrigen Kämpfe brachten uns über 200 Gefangene und vier Maschinengewehre ein. Die überaus mannigfaltige Kriegsgliederung unserer Karstruppen erndlichte es nicht, heute schon jede Einzelheit der Truppenverbände, die sich um den Erfolg des Tages besonders verdient gemacht haben, nach Bezeichnung und Bodensündigkeit hervorzuheben. — Unsere Flieger haben in Luftkämpfen fünf italienische Flugzeuge abgeschossen.

Aus den übrigen Abschnitten der Südwestfront ist nichts Besonderes mitzuteilen.

Der Chef des Generalstabes.

Groß-Berlins Lebensmittelversorgung.

An der Spitze des lokalen Teils veröffentlichen wir eine Zuschrift des Berliner Magistrats, in der über die Lieferung außerordentlich minderwertigen Viehes und ganz unzureichende Kartoffelzufuhr geklagt wird. In einzelnen Vororten Berlins ist die auf die Reichsfleischkarte entfallende Fleischration infolge ungenügender Belieferung verkürzt worden und teilweise sogar ganz weggefallen. Zahlreiche Beschwerden hierüber sind uns aus der Groß-Berliner Bevölkerung zugegangen.

Niemand verkennet die großen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung in der gegenwärtigen Zeit. Die Behörden müssen aber aus ihrer bisherigen Praxis Ueberflüssiges gewonnen haben, um zu wissen, wie weit sie mit ihren Zusagen gehen können. Gegebene Zusagen müssen dann auch gehalten werden. Wir sprechen das hier aus, weil die Bevölkerung darauf vertraut, daß es der Kritik der Presse gelingen werde, die Entstehung neuer Uebelstände im Keime zu verhindern, und wir erwarten, daß dieses Vertrauen nicht getäuscht wird.

Ungefehrlichkeit von Annexionen.

Renaudels Ansicht.

Renaudel schreibt in der „Humanität“ zur Frage der Annexionen, Eroberungen und Entschädigungen:
 Alle Erörterungen der letzten Tage im englischen Parlament wie in der Entente-Pressen zeigten, daß die Regierungen der Entente mehr und mehr dazu gezwungen sind, den Sinn ihrer Worte und Beschlüsse zu bestimmen und zu sagen, wie sie Recht und Freiheit der Völker verstehen. Asquith hat im Unterhause angedeutet, daß gewisse Gebietsveränderungen aus strategischen Rücksichten notwendig seien, aber der Stellungskrieg hat gezeigt, daß künstliche Mittel die Nachteile einer ungünstigen strategischen Grenze wettzumachen vermögen. Will man unter diesen Bedingungen die Ungefehrlichkeit von Annexionen mit einem solchen Vorwande bemängeln, so verfährt man ohne jede Berechtigung gegen das Völkerrecht.

Die französischen Sozialisten haben ihre Mitwirkung an der Landesverteidigung der Regierung nur unter der Bedingung zugesagt, daß die französische Regierung keine Eroberungen will. Selbst wenn man heute vom Feinde die Tragung aller Kriegskosten verlangt, ist dies richtig, denn man darf das Volk nicht an solche Gedanken gewöhnen. Die Entente soll frei sagen, was sie will.

Was Renaudel von den französischen Sozialisten sagt, gilt nach Wort und Sinn auch von den deutschen. Die deutschen Sozialdemokraten haben ihre Mitwirkung an der Landesverteidigung nur unter der Bedingung zugesagt, daß die deutsche Regierung keine Annexionen will. Die meisten französischen Sozialisten verschieben aber leider immer noch den Sinn dieser Formel, indem sie erklären, die kriegerische Rückgewinnung des deutschen Landes Elsaß-Lothringen durch Frankreich sei keine Eroberung.

Bern, 19. Mai. „Journal du Peuple“ erklärt in einem stark genierten Leitartikel, daß die französische sozialistische Mehrheit seit Kriegsbeginn viel schlimmer gegen die sozialistischen Grundzüge verstoßen habe, als die deutsche Mehrheit, die schon vor dem Kriege erklärt habe, daß sie im Kriegsfall die Landesverteidigung durchführen wolle. Uebrigens hätten alle Abteilungen der Internationalen diesen Standpunkt angenommen, bagegen habe die französische Mehrheit die Ermordung Jaurès ungestraft hingehen lassen und an der Unterdrückung der öffentlichen Freiheiten und der parlamentarischen Aufsicht tätigen Anteil genommen. Die sozialistische Mehrheit trage eine fürchterliche Verantwortung. Man müsse fragen, mit welchem Rechte sie sich zum Richter anderer aufspielen wolle. Die deutsche Mehrheit könne den Zweikampf mit der französischen ruhig aufnehmen.

Die Drohung mit der Revolution.

Der Alldeutsche Verband an den Reichskanzler.

Bamberg, den 5. Mai 1917.
 An Seine Excellenz den Reichskanzler
 Herrn Dr. v. Bethmann Hollweg
 Großes Hauptquartier.

Eurer Excellenz habe ich die Ehre, im Auftrag des Gesamtverbandes des Alldeutschen Verbandes eine Zusammenstellung derjenigen Forderungen zum politischen Kriegsziel zu unterbreiten, deren Verwirklichung meinen politischen Freunden und weitesten Kreisen über den Alldeutschen Verband hinaus zur Sicherung unseres Volkes für die Zukunft geboten erscheint. Daß dabei nach Maßgabe des militärisch Erreichbaren und Erreichbaren Verfahren werden muß, ist meinen politischen Freunden klar, ebenso klar aber auch, daß die militärischen Maßnahmen, die weitere Leistungsfähigkeit unseres Heeres voraussetzen, sich nach den politischen Kriegszielen richten müssen.

Wenn ich Ihrer Excellenz die Leitfäden des Gesamtverbandes in die Hand lege, halte ich mich von meinem Gewissen gedrängt, ein offenes Wort über die Folgen eines den deutschen Volksnotwendigkeiten nicht entsprechenden Kriegsergebnisses zu reden.

Die Stimmung in den breitesten Kreisen unseres Volkes ist heute verbittert, ja der Verzweiflung nahe; die Ursache dieser mit der Größe unserer Volkseistung im Widerpruch stehenden Erscheinung zu untersuchen, ist hier nicht am Platze; es sei nur gesagt, daß allzu vieles dafür spricht, daß die Reichsregierung das politische Kriegsziel zu eng gesteckt hat, und daß gerade jene treuesten und politisch zuverlässigsten Kreise hierin einen Verzicht auf die Ausnutzung unseres sicheren Sieges erblicken müssen.

Mein Gewissen gebietet mir, vor solch einem Verzicht zu warnen, es wäre der verhängnisvollste politische Fehler, der gemacht werden könnte, und seine nächste Folge wäre

die Revolution.

Das Wort muß ausgesprochen werden.

Bedenkt man, welche eine Schuldenlast nach dem Kriege auf dem Reiche ruhen wird, so ist es klar, daß die Steuern ins Ungeheure wachsen müssen, wenn das Kriegsergebnis unzulänglich ist. Man verleihe sich in die zurückkehrenden Krieger, von denen jeder sich bestimmt seine Hoffnungen auf irgendwelchen Lohn macht; statt dieses Lohnes finden sie eine wesentlich gemachene Steuerlast nach ihrer Heimkunft aus dem Felde. Eine ungeheure Enttäuschung und Erbitterung wird das Ergebnis sein, es wird keinen Halt geben, und das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk wird sich erheben.

Die Monarchie wird gefährdet, ja gestürzt werden, damit wird das Schicksal unseres Volkes besiegelt sein.

Eurer Excellenz! Das sind keine Einbildungen eines von Sorgen gequälten Gehirns, auch nicht die Angst eines einzelnen; so reden, so denken, so fürchten ungeahnte tapfere Männer, die bedingungslos zur Monarchie stehen, die aber wissen, was in unserem Volke vorgeht.

Solcher Aussicht gegenüber gibt es ein sicher wirkendes Abwehrmittel: ein Friede, der die Notwendigkeiten unseres Volkes nach jeder Richtung hin erfüllt, ein Kriegsergebnis, das stimmungsmäßig unserem Volke genügt, das es mit Stolz und Freude erfüllt. Solch ein Friede kann erkämpft werden, niemand im Volke zweifelt daran, und ich als alter Soldat trage die Gewißheit in mir, daß bei festem Willen und unerschütterten Nerven wir militärisch alles erreichen können und werden, was politisch erstrebt werden muß.

Es geht um unser Volk! Es geht um die monarchische Grundlage des Reiches und der Bundesstaaten. Deshalb beschwöre ich Ihrer Excellenz im vollen Einverständnis mit meinen politischen Freunden, den fürchtbaren Gefahren dadurch entgegenzuarbeiten, daß Sie einen Frieden erzielen, der unserem Volke bringt, was es verdient, worauf es Anspruch hat.

Die Tragik darf nicht Wirklichkeit werden, daß unser Volk zerfällt, nachdem es das Ungeheuerste geleistet hat.

Noch bitte ich Ihrer Excellenz zur Kenntnis zu nehmen, daß ich Abschriften der „Forderungen zum Kriegsziel“ und dieses meines Schreibens den hohen Bundesstaatlichen Regierungen zu unterbreiten beauftragt bin.

Ehrentätigst Ihrer Excellenz ganz ergebenst
 gez. Freiherr v. Schottel

Der Reichskanzler an Freiherrn v. Gebfattel.

Berlin, den 13. Mai 1915.

Eurer Erzählung beehre ich mich, den Empfang Ihres hier am 6. Mai dieses Jahres eingegangenen Schreibens zu bestätigen. Die vom Alldeutschen Verband aufgestellten Forderungen zum Kriegsziel werden nach der völligen Niederwerfung aller unserer Gegner zu würdigen sein. Für den Augenblick verbieten die Interessen der auswärtigen Politik und der Landesverteidigung, die allen anderen Rücksichten voranzugehen haben, ein Eingehen auf ihren sachlichen Inhalt.

Eurer Erzählung wage ich in dem Begleitschreiben, in dem Sie mir namens des A. D. V. diese Forderungen übersenden, auszusprechen, daß die Stimmung in den breitesten Schichten unseres Volkes erbittert, ja der Verzweiflung nahe sei, weil die Reichsregierung das Kriegsziel zu enge gesteckt habe und auf eine Ausnutzung unseres sicheren Sieges verzichtet würde. Sie scheuen des weiteren nicht davor zurück, auszusagen, daß das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk sich erheben und die Monarchie stürzen würde, wenn nicht als einzig wirksames Ableitungsmittel ein Friede erreicht wird, der die Notwendigkeiten des Volkes nach jeder Richtung hin, das heißt wie der A. D. V. sie versteht, erfüllt.

Darauf entgegne ich: Ja lasse das Verdienst gelten, daß der A. D. V. durch die Hebung des nationalen Bewusstseins und die Bekämpfung der Völkerverbrüderungsideologie sich vor dem Kriege errungen hat. Leider aber hat er diesen nationalen Willen mit joviell Mangel an politischer Einsicht verbunden, daß er schon in der Zeit vor dem Frieden das politische Geschäft des öfteren erschwert und jede Regierung, die sich nicht die Fenster scheiben zerbrechen lassen will, zu einer Gegnerschaft gegen ihn gezwungen hat.

Der Krieg und seine Erfahrungen haben zwar den nationalen Machtwillen, auf dessen Hebung sich das Existenzrecht des A. D. V. gründet, zum Gemeingut des deutschen Volkes gemacht, den Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des A. D. V. indes, wie ich dem Schreiben Ihrer Erzählung entnehmen, nicht behoben, sondern ins Groteske gesteigert. Die treu monarchischen Kreise, die Ihrer Erzählung verteidigen wollen, würden ihre Pflicht gegen die Krone auf gräßlichste verletzen, wenn sie, statt abzuwarten, bis die Regierung den Moment der offenen Sprache für gekommen hält, im Volke eine Unruhe über eine nicht vorhandene, durch nichts bewiesene flau und kleinmütige Politik zu schüren versuchen. Nach Ihrer Erzählung soll diese Unruhe bis zur Erbitterung, ja zur Verzweiflung und zu

drohenden Hinweisen auf Revolution

gestiegen sein. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist das wahr, dann trifft die Verantwortung jene, die diese Stimmung durch Mangel an politischem Urteil und nationaler Disziplin trotz aller unmissverständlichen Erklärungen der Regierung geschürt haben, statt ihr entgegenzutreten, oder diese Behauptung ist falsch, dann muß ich in ihr eine Drohung und den

Versuch einer Minderheit

erblicken, die von der Krone berufenen Leiter der Reichsgeschäfte ihrem Willen zu unterwerfen. Ich vertraue darauf, daß Ihrer Erzählung als alter Soldat sowohl den Gesichtspunkt der Disziplin als meine, durch die Zeit gebotene offene Sprache verstehen und das Ihre dazu beitragen werden, den Stolz und die Freude des Volkes über den Siegespreis, den es erkämpfen wird, nicht zu beeinträchtigen.

Einer Publikation dieses Briefwechsels durch den A. D. V. steht nichts entgegen. Ich behalte mir eine solche meinerseits für eine mir passend erscheinende Gelegenheit vor.

In vorzüglicher Hochachtung Ihrer Erzählung ergebenergez. Dr. v. Bethmann Hollweg.

Um den politischen Sberiod Holmes überflüssige Arbeit zu ersparen, bemerken wir, daß wir die Kenntnis dieses interessanten Briefwechsels einem Flugblatt verdanken, das seit Jahr und Tag in Berlin zirkuliert und anscheinend von den „Unabhängigen“ herausgegeben worden ist.

Der oder die Herausgeber haben nämlich aus dem Brief des Reichskanzlers herausgelesen, daß er über die alldeutschen Kriegsziele mit sich reden lassen werde, bis alle unsere Gegner völlig niedergeworfen sein werden. Sinn für Ironie ist nicht jedem gegeben.

Was uns aber zum Abdruck dieses Briefwechsels veranlaßt, das sind die Entrüstungsstürme, in die alle „gutgesinnten Elemente“ ob Scheidemanns „Drohung mit der Revolution“ verfallen sind. Scheidemann sagte am 15. Mai im Reichstag:

„Würde heute die englische und die französische Regierung, wie es die russische getan hat, auf Eroberungen und Entschädigungen verzichten, und die deutsche Regierung, statt den Krieg durch den gleichen Verzicht zu beenden, ihn für Eroberungsziele fortsetzen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die Revolution im Lande.“

Die alldeutsche Minderheit — mit Herrn v. Bethmann zu sprechen — droht mit der Revolution, wenn ihrem „ins Groteske gesteigerten“ politischen Unverstand nicht sein Wille geschieht. Dagegen hat sich Genosse Scheidemann erlaubt nachzuweisen, daß gerade die Beherrschung der deutschen Politik durch die alldeutschen Schreihälse zur Revolution führen müßte. In Zeiten, in denen es um Sein und Nichtsein geht, dürfte sich kein Volk von „grotesker Einsichtslosigkeit“ regieren lassen; sich dagegen mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, wäre ihm höchstes Gebot der Selbsterhaltung. Scheidemann hat darum rechts vom Wege eine Warnungstafel aufgestellt: „Das Betreten dieses Geländes ist mit Lebensgefahr verbunden!“

Die Entrüstung über Scheidemanns Äußerung erklärt sich wohl nur daraus, daß sich da ein Vertreter des Proletariats etwas herausgenommen hat, was im Reiche der gottgewollten Abhängigkeiten offenbar nur alldeutschen Erzählungen erlaubt ist.

Borgbjergs Protest.

Kopenhagen, 22. Mai. (Sig. Drahtber. d. „Borm.“) Genosse Borgbjerg protestiert heute in einem Telegramm an die „Humanität“ gegen die Verleumdungen der französischen Presse, er sei ein Agent des deutschen imperialistischen Sozialismus“. Er erklärt, er könne nicht glauben, daß sich auch die „Humanität“ diese Behauptung zu eigen mache, vorausgesetzt, daß sie die deutschen sozialistischen Friedensbedingungen — ohne Annexionen und Entschädigungen — kenne. Borgbjerg weist auf das russische Friedensprogramm hin und auf Scheidemanns Rede im Reichstag, in der er dieses Friedensprogramm bekräftigt.

Stockholm.

Die Arbeit für einen sozialistischen Frieden.

Das Werk, das in Stockholm zum Segen der Völker aufgebaut werden soll, hat in den Vorbereitungen zu einer Kundgebung der zu einem Ausschuss verbundenen holländischen und skandinavischen Abordnungen geführt, über die der „Vorwärts“ am Sonntag bereits telegraphisch berichtete. Die Kundgebung ist ein Zeichen, daß das begonnene Werk in festem Werden ist. Sie ist ein Aufruf zum Sammeln zu gemeinsamen Wollen, der an alle Teile des sozialistischen Proletariats ergeht. Was der Krieg auseinandertrieb, das wird der Frieden, der wieder heraufsteigen soll, durch die gemeinsame Tat aufs neue verbinden. Die Kundgebung des holländisch-skandinavischen Ausschusses in Stockholm hat folgenden, vom Svenska Telegrambyrå gemeldeten Wortlaut:

Unter dem Einfluß der russischen Revolution und der gewaltigen Hoffnungen, welche sie weckte, sah die holländische Abordnung des internationalen Sozialistenbureaus den Entschluß, eine Konferenz aller Abteilungen der Internationalen einzuberufen. Es wurde demgemäß eine Einladung an alle angegliederten Parteien und für die kriegführenden Länder an die Mehrheiten ebenso wie an die Minderheiten gerichtet, ebenso wie an die nennenswerten Parteien, welche sich während der Krise gebildet haben.

Dieser Entschluß wurde in weiten Kreisen mit Beifall aufgenommen. Er wurde veranlaßt durch die wiederholten dringenden Aufforderungen, welche dem internationalen Sekretariat von zahlreichen befreundeten Parteien seit Beginn des Krieges und von den Parteien der Vereinigten Staaten, Italiens, der Schweiz, Bulgariens, Portugals und später von den Parteigruppen Russlands, Großbritanniens, der englischen Kolonien und unlängst noch wiederum durch die sozialistischen Parteien der Niederlande, Schwedens, Norwegens, Uruguays, Spaniens, Argentiniens und Dänemarks zugehen, welche eine Entschließung zugunsten der Berufung des sozialistischen Bureaus fahnen, die durch eine sozialistische Konferenz der neutralen Länder im Haag gebilligt war. Dieser Entschluß stellt einen ernsthaften Versuch dar, die sozialistische Internationale als einen Machtfaktor der Arbeiterschaft wiederherzustellen und durch sie die Fundamente eines allgemeinen Friedens auf der Grundlage der überlieferten Grundsätze unserer Kongresse zu schaffen.

Die Abgeordneten der sozialistischen Parteien Schwedens, Norwegens und Dänemarks haben die Entschließung der holländischen Abordnung gebilligt. So wurde der holländisch-skandinavische Ausschuss gegründet, welcher durch das vorliegende Schreiben die angegliederten Parteien und die erwähnten Minderheiten eingeladen hat und einlädt, an den Besprechungen teilzunehmen, die vom 15. Mai ab stattfinden und mit jeder einzelnen Abordnung stattfinden werden.

Der Zweck dieser Vorbereitungen

ist, die gegenwärtige Stellung der verschiedenen Parteien im Hinblick auf die Weltkrisis und die tatsächlichen Möglichkeiten einer Lösung der Friedensfrage festzustellen, ferner, wenn möglich ein gemeinsames Programm aufzustellen, auf Grund der sozialistischen Auffassung, und endlich die Möglichkeit der Einberufung einer allgemeinen Versammlung zu prüfen. Jede der Parteien, welche an den Besprechungen teilnimmt, wird sich das Recht sichern können, ihre Entscheidung in Rücksicht auf die Vollversammlung bis zum Abschluß der Vorbereitungen zu verschieben.

Inzwischen hat auch der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg die Initiative zur Berufung einer allgemeinen Zusammenkunft ergriffen. Unser Ausschuss hat dieses Vorhaben mit Freuden begrüßt als Zeichen für die neuen, weitgehenden Ansprüche der Arbeiterklasse, welche sich mehr und mehr von der immer wachsenden Notwendigkeit Rechenschaft gibt, alle Kräfte des Weltproletariats gegen den Imperialismus in Bewegung zu setzen,

um endlich den Grund zu einem allgemeinen, dauerhaften und endgültigen Frieden zu legen. Der holländisch-skandinavische Ausschuss hofft auf eine Verständigung mit der Abordnung, welche der Arbeiter- und Soldatenrat binnen kurzem nach Stockholm zu senden gedenkt, um so der bereits begonnenen Arbeit mehr Kraft zu geben und zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen.

Das Werk, welches wir begonnen haben, ist von seinen Anfängen an durch die Maßregeln gewisser Behörden gehindert worden, welche mehreren Vertretern, die sich nach Stockholm zu begeben wünschten, ihre Pässe verweigert haben; diese Handlungsweise ist ein Verbrechen gegen die politische Freiheit und zugleich der Ausdruck von Feindseligkeit gegen die Interessen der Proletarier.

Der Ausschuss weiß von vornherein jede etwa beabsichtigte Einflussnahme einer Regierung auf die Zusammenkunft und die Beratungen gegenstandslos der beabsichtigten Zusammenkünfte zurück und erhebt Widerspruch dagegen, daß man einen Druck auf die Konferenz ausüben versuchen könnte, indem man den Gruppen, welche die Politik ihrer Regierungen unterstützt haben, Pässe bewilligte, denen aber, welche diese Politik bekämpfen, die Pässe verweigerte.

Die Internationale vertritt die Interessen keines der Kriegführenden;

sie muß ihren eigenen Weg gehen, ihren eigenen Zielen nachstreben, die keine anderen sind, als die der Menschheit, und im entscheidenden Augenblick an der Seite der geschichtlichen Mächte der bestehenden Ordnung alle Kräfte des Proletariats in die Waagschale werfen.

Der holländisch-skandinavische Ausschuss wird seine Aufgabe kraftvoll und ausdauernd zu lösen suchen, trotz der Schwierigkeiten, die er antreffen könnte; in diesem Gedanken hat er sich in Stockholm als dauernder Mittelpunkt für die Tätigkeit des Proletariats zugunsten eines sozialistischen Friedens gebildet. Wie nützlich Besprechungen mit den verschiedenen Parteien sein würden, ist uns von Beginn unserer Zusammenkünfte an klar gewesen. Seit fast drei Jahren haben wir festgestellt können, wie sehr gegenseitiger Haß überall gewachsen ist, wie sehr Verdächtigung die besten Absichten der Gegenpartei zu durchkreuzen droht und Mißverständnisse Klüfte aufgerissen haben. Wenn man aber auf die Quelle des Uebels zurückgeht, so sieht man oft, daß ein Meinungsunterschied die Meinungsverschiedenheit zerstreuen oder wenigstens stark hätte mindern können.

Die Internationale muß sich also wieder zusammenschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, richten wir diesen dringenden Aufruf an die sozialistischen Arbeiter aller Länder. Es lebe die Internationale der sozialistischen Arbeiter.

Folgende die Unterzeichner: Holländisch-skandinavischer Ausschuss. Für die Sozialistische Partei Schwedens: Branting, Moller, Söderberg. Für die Sozialistische Partei Dänemarks: Stauning. Für die Sozialistische Partei Norwegens: Vidnes. Für die Sozialistische Partei Hollands: Albarde, Troelstra, van Kol. Die Schriftführer: Huisman, Engberg.

Die Pässe der Unabhängigen.

Wolffs Bureau meldet: Auf die Anfrage (Nr. 155) des Abgeordneten Haase (Königsberg) — Nr. 800 der Reichstagsdrucksachen — ist folgende schriftliche Antwort erteilt worden:

Die im Hauptausfluß von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes am 1. Mai 1917 abgegebene Erklärung, daß den Unabhängigen Sozialdemokraten wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Fraktion die von ihnen beantragten Pässe

zur Reise nach Stockholm nicht verweigert werden sollen, wird in vollem Umfange aufrechterhalten. Die Beteiligten werden sämtlich die Reiseerlaubnis erhalten mit Ausnahme des Herrn Landtagsabgeordneten Hoffmann. Diesem wird aber der Pass nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern lediglich deshalb verweigert werden, weil er nach Mitteilung des Oberreichsanwalts in ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats verwickelt ist.

Fürst Lwow an Bethmann Hollweg.

Der Waffenstillstand muß aufhören.

Amsterdam, 21. Mai. Der russische Ministerpräsident Fürst Lwow hat Vertretern der Presse die heutige politische Lage auseinandergesetzt. Er sagte: Bei der Bildung der vorläufigen Regierung weigerte sich die sozialistische Partei, in dieselbe einzutreten, obwohl sie erklärte, das Programm der Regierung gutzuheißen und ihre Unterstützung zusagte. Diese Partei rief darauf eine eigene Körperschaft ins Leben, den Arbeiter- und Soldatenrat, der die Handlungen der Regierung kontrollieren sollte und diese mit aller Macht bei der Verwirklichung des Programms, das von der vorläufigen Regierung aufgestellt worden war, unterstützen sollte. Nun hat jedoch diese kontrollierende Körperschaft allmählich den Charakter einer Verwaltungskörperschaft angenommen, und die vorläufige Regierung sah sich vor eine Reihe Befehle gestellt, die nicht von ihr selbst herrührten. Es entstand also eine Konjunktur, die durch folgende Formel charakterisiert werden kann: „Verantwortlichkeit ohne Macht und Macht ohne Verantwortlichkeit.“ Die Folgen dieser Sachlage machten sich sofort bemerkbar. In der Tat sank der Gesichtswert der Armee in gefährlicher Weise. Das Problem der Nahrungsmittelversorgung brachte das Land an den Rand des Abgrunds und überall wurden Symptome von Anarchie wahrgenommen. Gleichzeitig sahen unsere Bundesgenossen mit Unruhe nach uns.

Infolgedessen begann das ganze Land nach einer einzigen Autorität zu dürsten, die das allgemeine Vertrauen genügt. Nun erwartet die reorganisierte Regierung, stark im Vertrauen der Nation, daß all ihre Taten vollkommen gutgehen und ausgeführt werden sollen und daß all ihren Befehlen sowie denjenigen ihrer Agenten getreulich nachgekommen wird. Die neue Regierung steht vor einer großen Aufgabe, nämlich so bald wie möglich die aus den Augen gerissene Effizienz des Landes wieder in gute Wege zu leiten. Die Regierung meint, daß ihre erste Aufgabe in der Stärkung der Kraft der Armee bestehe, die den Gesichtswert für die Offensive besitzen müsse, um den Feind außerhalb unserer Grenzen zu werfen, und vor allem unsere Bundesgenossen kräftig zu unterstützen. Das Land weiß, daß der Gesichtswert unserer Armee gesunken ist, und zwar nicht nur infolge der minderwertigen Nahrungsmittelversorgung, der Munitions- und Fahrzeugschwierigkeiten, sondern auch wegen der verkehrten Auffassung unserer Kriegsziele.

Fürst Lwow erklärte weiter, Rußland sei von seinen Gegnern grausam beleidigt worden, indem sie auf die Möglichkeit eines Sonderfriedens anspielten. Das russische Volk könne nicht zulassen, daß Millionen freier Belgier und Franzosen Sklaven des deutschen Militarismus würden. (Was sagt Herr v. Bethmann dazu? Red. d. „Vorwärts“.)

Die tatsächlich an der Front eingetretene Waffenruhe, die es dem deutschen Reichskanzler ermöglichte, die Vermutung eines Rußland entehrenden Sonderfriedens in Worte zu fassen, diese Waffenruhe muß aufhören. Das Land soll sein gebieterisches Wort sprechen und sein Heer in den Kampf schicken.

Der Waffenstillstand an der „Front“, erklärte der Ministerpräsident noch einmal, „ist unannehmbar mit der Ehre und Würde Rußlands.“ (Glaubt Herr v. Bethmann noch immer nicht, es wäre besser gewesen, wenn er sich am 18. Mai rundweg für den allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen erklärt hätte? Red. des „Vorwärts“.)

Tereftschenko für allgemeinen Frieden.

Elsah-Lothringen.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, erklärte der neue Minister des Auswärtigen Vertretern der russischen Presse, sein Programm sei die möglichst schnelle Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens, eines Friedens, der weder das Ziel hat, andere Völker zu beherrschen, noch sie ihres nationalen Erbes zu berauben, noch auch gewaltfam fremde Gebiete wegzunehmen, eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen, der sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gründet, eines Friedens, der erreicht wird in enger, unlässlicher Vereinigung mit den Demokratien der Allierten.

Das freie Rußland, führt Tereftschenko fort, hat, wie jedes Land, das eine große, verjüngende Revolution durchgemacht hat, für diesen Wunsch zwei tief idealistische Gründe. Der erste ist das Verlangen, der ganzen Welt einen gerechten Frieden zu geben, keine Nation zu verletzen und nach dem Krieg keinen Haß und keine Entfremdung zu schaffen, die immer zurückbleiben, wenn ein Volk aus dem Kampfe auf Kosten der anderen bereichert hervorgeht, wenn eins niedergeworfen und gezwungen wird, demütigende Friedensbedingungen anzunehmen. Wir haben dies traurige Beispiel 1870 gesehen. Die von Deutschland Frankreich beigebrachte Wunde blies 45 Jahre lang offen. Die Hoffnung der Elsay-Lothringer auf eine bessere Zukunft ist bis jetzt noch nicht gestorben, und heute haben sie ein Recht, die Verwirklichung ihres Ideals zu erhoffen. Kränkungen und Ungerechtigkeiten werden nicht vergehen. Gewalt zeugt Haß. Das befreite Rußland will das weder für sich, noch für die andern.

Der zweite Grund ist das Bewußtsein der Bande, die Rußland und die alliierten Demokratien verknüpfen, das Bewußtsein der Pflichten, die ihm diese Bande auferlegt haben. Das revolutionäre Rußland kann und darf diese Bande, die durch Blut gesegnet sind, nicht lockern. Dies ist eine Frage der revolutionären Ehre, die ihm jetzt um so kostbarer ist.

Tereftschenko sagte weiter, in Rußland gebe es jetzt — im Gegensatz zur Zeit des alten Regimes — nicht eine einzige Partei, die für einen Sonderfrieden geworden hätte. Die russische Demokratie fürchte aber, daß sie, gebunden durch alte Verträge, annexionspolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden solle. Darum sei das Verlangen nach Veröffentlichung der Verträge ausgesprochen worden, diese wäre jedoch gleichbedeutend mit einem Bruch mit den Alliierten. Rußland müsse beweisen, daß es auf Annexionen verzichte, nicht, weil es sie nicht erlangen kann, sondern weil es sie nicht will. Dazu sei es notwendig, die Militärmacht des neuen Rußland wieder zu schaffen.

Es sei lächerlich, im gegenwärtigen Zeitpunkt von An-
regionsplänen der Alliierten als von einem wirklichen
Hinderungsgrund für einen gerechten Frieden zu sprechen,
während Rußland, Belgien, Frankreich und Serbien selbst ganz oder
teilweise vom Feinde besetzt sind. Jetzt könne zur Verteidigung
der nationalen Unabhängigkeit und der Freiheit nur tüchtige
Verteidigung in Frage kommen.

Liberias Abbruch der Beziehungen.

Berlin, 20. Mai. Amtlich. Die Regierung der Re-
publik Liberia hat in einem an ihren bisherigen Geschäfts-
träger gerichteten Telegramm mitgeteilt, daß sie als Pro-
tekt gegen den uneingeschränkten Untersee-
bootkrieg, der das Leben der liberianischen Passagiere
und Seeleute auf den Schiffen der Alliierten und Neutralen
bedrohe und liberianische Staatsangehörige schweren finan-
ziellen und wirtschaftlichen Schädigungen aussetze, die Be-
ziehungen zu Deutschland abgebrochen habe.

Der Krieg auf den Meeren. Kampf gegen russische Flugboote.

Berlin, 20. Mai. Wiederholte Versuche russischer Zieger,
von Zedara auf Deses aus die Tätigkeit unserer Vorposten-
boote zu stören, führte am 18. Mai zu Luftkämpfen, bei denen es
zwei unserer Seekrieger gelang, je ein feindliches Flugboot zum Ab-
sturz zu bringen. Außerdem wurde einwandfrei beobachtet, daß zwei
feindliche Flugzeuge sich ramnten und senkrecht abstürzten.
Eine nördlich der Flugstation Zedara befindliche russische mili-
tärliche Anlage wurde von einem deutschen Luftschiffe, als es von
dort aus beschossen wurde, mit Bomben belegt.

Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean: 20 300 Br.-R.-T.

Die Ladungen der versenkten Schiffe bestanden größtenteils aus Kohlen
von England und Eisenerz nach England.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Seegefecht bei Dünkirchen.

Paris, 21. Mai. Das Marineministerium teilt mit: In der
Nacht vom 19. zum 20. Mai gegen 1 Uhr früh begegnete eine Streif-
abteilung von vier französischen Torpedobooten auf
der Höhe von Dünkirchen einer Flottille von deutschen
Zerstörern, welche in der Richtung auf diesen Hafen fuhr.
Nach kurzem Gefecht zog sich die feindliche Flottille mit großer
Schnelligkeit auf ihren Ausgangspunkt zurück. Unsere vier Tor-
pedobooten sind nach Dünkirchen zurückgekehrt, eins davon mit
einigen Beschädigungen.

Deutsche Hilfskreuzer im Indischen Ozean.

Amsterdam, 20. Mai. „Daily Courant“ schreibt: Als kürzlich
gemeldet wurde, daß die Versicherungspremie von 5 bis auf 3 Pro-
zent für die Gegend östlich des Suezkanals herabgemindert wurde,
wurde dies mit dem vermutlichen Aufstreifen eines deutschen
Raider in Zusammenhang gebracht. Aus Penang erreicht uns
jedoch der Bericht, daß dies noch nicht der Fall ist. Ueber den Raider
werden uns folgende Einzelheiten gemeldet:

Das Schiff ist von Hamburg ausgefahren, verkleidet
als Kauffahrtschiff, jedoch schwer bewaffnet. Es mißt 4400 Tonnen
und machte die Reise über Schottland und das Kap der Guten
Hoffnung. In der Umgegend von Kapstadt soll das Schiff
Minen gelegt haben. Das deutsche Fahrzeug ist mit neuen
Maschinen ausgerüstet, die es in die Lage versetzen, eine Schmelz-
leit von 21 Meilen zu entwickeln.

Kußer diesem Hamburger scheint sich noch ein anderer
Raider in der Gegend aufzuhalten, wenigstens vermutet man, daß
ein Schiff von Manila gestrichelt ist. Die Dichter
von Penang nach dem Meere zu dürfen abends nicht brennen.
Das Rummöde-Hotel befindet sich deshalb abends in vollständiger
Dunkelheit gehüllt.

Seesperre und Versenkungen.

Rotterdam, 21. Mai. Der Hafen von Rotterdam ist
wegen Minengefahr bis auf weiteres geschlossen.

Paris, 20. Mai. Amtlich. (Reutermeldung.) Der von der
Marine gemietete Dampfer Colbert, mit einer Anzahl Militär-
personen an Bord, ist am 20. April im Mittelmeer torpediert
worden; 51 Personen sind ums Leben gekommen.

U-Boot-Krieg-Beschwerde Spaniens.

Der Pariser „Temp“ meldet vom Sonntag aus Madrid: Der
Minister des Innern erklärte Zeitungsbekleideten, Spanien habe
eine Beschwerde wegen der Verletzung der Patria an
Deutschland gefandt. Bis die Frage gelöst sei, sei eine patriotische
Mitwirkung der gesamten Presse notwendig, um innere Schwierig-
keiten zu vermeiden, er werde die Presse ständig auf dem Laufenden
halten. Die Eröffnung des Parlamentes werde nicht früher erfolgen,
denn die letzten Verlegungen der spanischen Neutralität seien nur
Zwischenschritte im großen Kriege. Spanien bringe eine energische
Beschwerde vor, drohe jedoch nicht, sondern bleibe
neutral.

Die Aufbringung des Dampfers Thorunn.

Der norwegische Dampfer Thorunn ist von deutschen Kriegs-
schiffen aufgebracht worden und der Fall erregt in der norwegischen
Presse Aufsehen und teilweise sogar Enttäuschung. Der Dampfer
führte eine Ladung Senf für Rechnung der norwegischen Regierung
und sollte dem schweren Futtermangel in Nordnorwegen abhelfen.
Von zuständiger deutscher Seite wird der „Frankf. Stg.“ mitgeteilt:
Der Dampfer ist von unseren Seestreitkräften eingebracht worden,
weil er keine Schiffspläne an Bord hatte und weil nach der
deutschen Preisordnung Ziffer 11 das Fehlen des Plagenattestes
die Behandlung eines Schiffes als feindliches Schiff nach sich zieht.
Die Papiere waren dem Kapitän nach seiner eigenen Angabe nach
seiner letzten Reise von der norwegischen Regierung ohne Grund
abgenommen worden. Zur Entlastung verschiedener norwegischer
Blätter, daß die Beschlagnahme des Dampfers innerhalb der
Neutralitätsgrenze von vier Meilen vor sich gegangen sei, wird
festgestellt, daß die Beschlagnahme des Thorunn außer-
halb der Dreimeilen-grenze stattgefunden hat. Die deutsche Regierung hat niemals die von der norwegischen Re-
gierung beanpruchte Viermeilenneutralitätsgrenze anerkannt,
sondern hält sich bei den Unternehmungen ihres Seekrieges an die
international festgelegte Grenze von drei Seemeilen.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 21. Mai. Südlich der Scarpe wurden die am 20. Mai
morgens gemeldeten Angriffe mit starken Kräften auf der ganzen

Front beiderseits der Straße Arras — Cambrai unternommen.
Sie kamen in unserem Vernichtungseuer in der Hauptmasse über
die ersten Anhöhen nicht hinaus. An einzelnen Abschnitten wurden
sie schon durch das auf deutlich erkannten feindlichen Sturmtruppen
liegende Feuer erstickt. Nur in der Gegend von Croisilles ge-
lang es einer anscheinend frisch eingesehten englischen Division, sich
in Kompaniebreite in unserem vordersten Graben festzusetzen.
Englische Sturmtruppen, die weiter vorgedrungen versuchten, wur-
den verjagt und vernichtet, zwei Offiziere, 48 Mann gefangen und
3 Maschinengewehre als Beute eingebracht. Den hier errungenen
Erfolg versuchten die Engländer am Nachmittag auszubauen. Sie
griffen mehrfach an einzelnen Stellen bis zu fünfmal in mehreren
Rällen in Divisionsbreite an, wurden aber, wo sie eingedrungen, hin-
ausgeworfen. Nur eine südwestlich von Fontaine nach Westen vor-
stehende Ecke unserer Grabenstellung von geringer Breite blieb in
ihrem Besitz. Ein abendlicher feindlicher Vorstoß aus dem von uns
freiwillig aufgegebenen Bullecourt scheiterte.

Stärkeres Feuer lag wieder auf St. Quentin, dessen Katho-
drale 12 Treffer erhielt.

Im Raume der Aisne-Front scheiterten bereits am Mor-
gen in unserem Infanterie-, Maschinengewehr- und Artillerieper-
feuer französische Teilangriffe in der Gegend von Laffaug. In
der Gegend der Hurtebise-Ferme wurde unsere Stellung
planmäßig nach kurzer wirksamer Artillerievorbereitung in etwa
200 Meter Breite vorgeschoben, wobei eine Gruppe von Gefangenen
und 6 Maschinengewehre in unsere Hand fielen. Am Nachmittag
folgten drei stärkere feindliche Gegenangriffe, die ebenso wie weitere
heftige abendliche Angriffe mit schweren Verlusten für die Fran-
zosen teilweise im Handgranatenkampf abgewiesen wurden. Ein
im Anschluß an diese Unternehmung nach kräftiger Artillerievor-
bereitung zur Verbesserung unserer Stellung gleichfalls von Bayern
unternommener Vorstoß schied uns auf der Nordwestecke des Bo-
velle-Plateaus in den Besitz feindlicher Gräben. In heftigen
Kleingefechten und hartnäckigen Handgranatenkämpfen wurden die
eroberten Gräben gegen alle Gegenangriffe gehalten und etwa
50 Gefangene und 3 Maschinengewehre eingebracht.

Nach Mitternacht führten am 20. Mai Truppen der Pro-
vinz Fosen in der Gegend nordöstlich von Brahe die vordere
feindliche Grabenlinie in einer Breite von 200 Metern. Auch hier
blieb eine Anzahl von Gefangenen in unserer Hand.

Während sich in der Gegend von Reims das Artilleriefeuer
in mäßigen Grenzen hielt, steigerte sich das tagelange französische
Zerstörerfeuer gegen unsere Höhenstellungen in der west-
lichen Champagne am 20. vormittags zum heftigsten Sturm-
schiffes. Um 4 Uhr nachmittags ging der Feind mit starken
Kräften gegen unsere Höhenstellungen nördlich von Prodes, von
Cornillet bis zum Boehberg, zum Angriff vor. Im
ersten Anprall gelang es den Franzosen, die Höhen zu besetzen. Der
Gegenstoß unserer Reserve, die schon seit langer Zeit unter schwe-
stem Feuer ausgehalten hatten, entriß dem Feinde unter Kämpfen
größter Verloren einen großen Teil seines Gewinnes. Die an-
fänglich verloren gegangenen Höhen Hochberg und Boehberg wur-
den zurückerobert und gegen mehrere starke Angriffe, bei denen die
feindliche Infanterie durch unsere Artillerie schwere Verluste erlitt,
gehalten. Eine größere Anzahl von Gefangenen, einige Maschin-
gewehre, wurden bei diesen Kämpfen eingebracht. Zwei andere
Höhen, der Cornillet und Keilberg, blieben wie gemeldet im Besitz
des Feindes.

In der Gegend von Verdun verstärkte sich am 20. tagsüber
die Artillerietätigkeit und hielt auch stellenweise bis zum Abend an,
um in der Nacht abzulaufen.

Feindliche Kriegsberichte.

Frankösischer Oberesbericht vom 20. Mai nachmittags. In der
Gegend von Chemin-des-Dames nahm der Artilleriekampf
gegen Ende der Nacht an der ganzen Front La Dodelle —
Cerny — Hurtebise sehr heftigen Charakter an. Ein feind-
licher Angriffsvorstoß auf den Vorsprung von La Dodelle wurde
leicht abgelehnt. Nordöstlich von der Mühle von Laffaug
gestaltete sich eine kleine Unternehmung, einige Grabenteile zu
nehmen. In der Champagne scheiterten zwei feindliche Handstreich-
e in der Gegend nördlich von Mesnil-les-Hurlus. Von der übrigen
Front ist nichts zu melden.

Vom 20. Mai abends. Am Chemin-des-Dames
nahm in der Frühe die Tätigkeit der feindlichen Artillerie, die seit
gestern Mitternacht sehr heftig war, von Hurtebise bis in die
Gegend nördlich von Sancy noch mehr zu. Die Deutschen belegten
unsere Stellung mit Trümmern von großkalibrigen Granaten
und mit Stielgas-Geschossen. Aber unter unserer Gegenvor-
bereitung erstickte der vorbereitete allgemeine Angriff auf dem größten
Teil unserer bedrohten Front: die für den Angriff angekauften
deutschen Truppen konnten ihre Gräben nicht verlassen. Auch an
verschiedenen Stellen, wo sie an unsere Linien herankamen, ent-
wickelte sich ein sehr hitziger Kampf, der zu unseren Gunsten endete.
Der Feind erlitt durch unser Sperrfeuer und unseren Gegenangriff
schwere Verluste, er hat nur in unseren vorgeschobenen Werken
nordöstlich von Cerny auf einer Front von etwa 200 Metern
Fuß gefaßt. Ueberall sonst haben wir unsere Stellungen behauptet.
Auf dem übrigen Teil zeitweilig Geschützkämpfe mit Unter-
brechungen.

Englischer Oberesbericht vom 20. Mai nachmittags. Als Er-
gebnis unseres Angriffes vom heutigen Morgen setzten sich unsere
Truppen in einem weiteren Abschnitt der Hindenburglinie zwischen
Fontaine les Croisilles und Bullecourt fest. Der
Feind machte verschiedene erfolglose Versuche, unsere Festsetzung in
seiner Stellung zu erschüttern; in dieser Gegend fanden heftige
Kämpfe statt. — Abends. Die feindlichen Angriffe gegen unsere
vorgeschobenen Posten südöstlich Epéhy brachen in unserem
Artilleriefeuer zusammen.

Wir fügten dem Feinde schwere Verluste zu und machten eine
Anzahl Gefangene. Die Kämpfe dauern zu unseren Gunsten an.
Feindliche Streittruppen wurden in der letzten Nacht in der Nach-
barschaft von Oppy und südwestlich von Wysschaete vertrieben. Wir
führten einen erfolgreichen Streifzug südlich von Armentières
aus. Drei deutsche Flugzeuge wurden gestern im Luftkampf ab-
geschossen. Fünf andere wurden außerhalb unseres Bereiches
niedergehen, ein deutscher Beobachtungsdraht wurde zerstört. Vier
unserer Flugzeuge werden vermisst.

Kleine Kriegsnachrichten.

Grenzsperrung zwischen Frankreich und der Schweiz. Wie der
„Socolo“ berichtet, ist heute nacht die französisch-schweizerische
Grenze plöblich für 48 Stunden für Reisende gesperrt worden.

Englische Truppen helfen den Italienern. Das englische Kriegs-
amt meldet: Schwere britische Artillerie nimmt an der
italienischen Offensive an der Julischen Front teil und gewährt wes-
entliche Hilfe.

Politische Uebersicht.

Wie die Alldeutschen den Frieden fördern.

Der Alldeutsche Verband hält es für angebracht, die in Ruß-
land hervortretenden Friedensneigungen dadurch zu fördern und
zu stärken, daß er an auffälliger Stelle seines Verbandsorgans
folgenden Aufruf bringt:

Es ist zwölfte Stunde! Die Kauglerrede lehnt den Scheide-
mannsrieden nicht ab, lehnt nur ab, nach Westen hin den Verzicht
auf Annektionen und Kriegsschädigungen einseitig auszusprechen,

da die Feinde im Westen an ihren Kriegsziele festhalten. Wenn
aber die Feinde dort einst, dicht vor ihrer Niederringung durch
Hindenburg und die U-Boote stehend, in gehobener Stimme den
Frieden: „Jeder trage seine Last“ anbieten? Was dann? Dann
droht der Scheidemannsriede! Es ist zwölfte Stunde! Die Kaugler-
rede erklärt die Bereitschaft zu einem Frieden mit dem russischen
Volke, das bei diesem „Keinen Stachel zurückläßt“. Wenn nun das
russische Volk erklärt, daß ihm jeder Gebietsverlust ein Stachel
wäre? Dann sind uns Aurland und Litauen verloren! Dann
wird uns kein deutscher Friede, denn zu diesem gehört Siebelungs-
land im Osten, — nicht als Eroberungs- oder Beuteziel, sondern
als Notwendigkeit zur Sicherung deutscher Zukunft!
Es ist zwölfte Stunde! Jetzt gilt's! Jetzt alle Mann auf zur
Werbung wie noch nie! Millionen wollen den Deutschen Frieden.
Im Namen dieses Deutschen Friedens, der in Gefahr ist, ruft
sie auf. Ruft sie zu uns, denn sie gehören zu uns. In unserem
Lager ist Deutschland!
„Mangel an politischer Einsicht ins Groteske gesteigert!“

An die falsche Adresse.

Der „Berliner Lokalanzeiger“, dessen völlige Abhängigkeit von
Kreisen, die den Alldeutschen sehr nahe stehen, immer augenfälliger
wird, liest dem Reichstagsredner wegen seiner letzten Reichstagsrede
noch einmal die Leuten. Besonders ladet das angeblich parteilo-
se Blatt die Berufung des Reichstagsredners auf seine Ueberein-
stimmung mit der obersten Seeresleitung.

Sowohl der Feldmarschall Hindenburg wie der Erste Gene-
ralquartiermeister Ludendorff haben wiederholt erklärt, daß sie
sich von der Politik fernzuhalten wünschen. Daher dürften sie
sich zu einer Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und politischen
Kriegsziele nicht gedrängt haben, die ja auch ausschließlich An-
gelegenheiten der politischen Staatsleitung sind. Es ist sozusagen
Nade geworden, sich auf die Seeresleitung zu berufen, was ohne
Gefahr geschehen kann, denn die Seeresleitung ist dagegen
machtlos.

Hier wäre der von einem Zentrumsabgeordneten getane läppi-
sche Zwischenruf „Röfide hat angefangen“ wirklich einmal an der
Stelle. Wer lächelt und spricht denn alle Tage vom „Hindenburg-
frieden“? Die Alldeutschen sind traurig von einer verblüffenden
Dreißigkeit! Jeden Heben Tag treiben sie unter dem Mißbrauch
des Namens Hindenburg wüste politische Agitation; nimmt aber
ein anderer Hindenburg für sich in Anspruch, so fällt ihnen auf
einmal ein, daß Hindenburg es sich verbeten habe, in die politische
Debatte hereingezogen zu werden.

Reichstaatsliche Neuorientierung.

Einer Abordnung des Sozialdemokratischen Vereins für Lippe
gegenüber sprach sich dieser Tage der Minister dieses Reichstaates
über die „Neuorientierung“ aus. Die Neuordnung der politischen
Verhältnisse sei vorbereitet.

Der Dstereklag werde in seinen Wirkungen wie für die
anderen Bundesstaaten, so auch für Lippe von Bedeutung werden.
Für die Einführung des gleichen Wahlrechts könne sich die
Regierung aber nicht aussprechen, denn es müsse auf die
Eigenart des Landes Rücksicht genommen werden. Es komme
aber auch sehr darauf an, was in dieser Hinsicht
im Reich und in Preußen geschehe, namentlich auch auf
die Arbeit des Verfassungsausschusses.

Auf die Lippeische Neuorientierung paßt also der Vers:
Zwischen Ripp' und Reichsbrand
Schwebt der dunklen Mächte Hand!

Letzte Nachrichten.

Die deutsche Gegenoffensive.

Amsterdam, 21. Mai. „Gavas“ meldet aus Paris: Die
Deutschen bereiten im allgemeinen eine Gegenoffensive auf einer
Front von fast 20 Kilometer vor. Vorgefertigen während des
ganzen Tages und auch in der Nacht überschüttete der Feind
unsere Linien mit einem Geschützfener von gewaltiger Kraft
und mit Projektilen jeden Kalibers. Der Artilleriekampf
dauert mit äußerster Festigkeit fort.

Das Wehrpflichtgesetz in Amerika.

Amsterdam, 21. Mai. „Gavas“ meldet aus Washington: Das
Wehrpflichtgesetz, das vorgestern vom Kongreß angenommen worden
ist, ist gestern vom Präsidenten unterzeichnet worden. Es enthält
folgende Punkte: Einschreibung sämtlicher Bürger zwischen 21 und
30 Jahren für den Militärdienst, Aufruf von zwei Jahrgängen
in der Anzahl von 500 000 Mann, die nacheinander eingezogen
werden sollen, unter die Waffen, Rekrutierung und Einberufung
von 4 Divisionen Freiwilliger, wenn der Präsident es für nötig
erachtet.

Der Bastillensturm von La Chau-de-Fonds.

Basel, 21. Mai. Den Baseler Blättern wird aus La Chau-de-
Fonds berichtet: Sonnabend nacht zogen etwa 1000 sozialistische
Manifestanten mit einer roten Fahne vor das Gefängnis, in
dem gerade der Nationalrat Graben eine achtstägige
Gaststrafe angeordnet hatte, die gegen ihn wegen Beleidigung
durch die Presse verhängt worden war. Die Manifestanten schlugen
die Gefängnistüren ein, worauf etwa 200 Personen in die Gänge
eindringen und den Gefangenen befreien, obwohl sich dieser der
Befreiung widersetzt und die Leute zur Ruhe
machten. Graber wurde von den Manifestanten in seine Woh-
nung zurückgeführt. Auf Ersuchen des Staatsrats wurde daraufhin
La Chau-de-Fonds durch ein Regiment Infanterie und eine
Schwadron Kavallerie besetzt. Am Sonntagvormittag gab die sozia-
listische Partei ein Manifest heraus, in dem sie die Bevölkerung auf
8 Uhr 30 abends in den Temple Francaise einlud. Die Truppen,
die den Zutritt zu dem Temple Francaise verweigern sollten,
konnten nicht verhindern, daß die Menge in den Temple
Francaise eindrang. Die Wachmannschaften machten von ihrem
Säbel Gebrauch und säuberten den Platz vor dem Temple Francaise.
Grabert hielt eine Rede. Kurz nach 10 Uhr abends war es wieder
ruhig.

Wahlen in Holland.

Haag, 21. Mai. Das Korrespondenzbureau meldet, daß die
Erste und die Zweite Kammer am 24. Mai verlagert und am 27. Juni
aufgelöst werden. Die Wahlen für die Erste Kammer werden am
14. Juni stattfinden, die Wahlen für die Zweite Kammer am
15. Juni und die Stadtwahlen am 22. Juni. Die Eröffnungssitzung
der beiden Kammern ist für den 28. Juni festgesetzt.

Erdbeden.

Vern, 21. Mai. „Socolo“ meldet aus Terni: In der Nacht
zum Sonntag ereigneten sich wiederum zwei starke Erdbeben, die
von einem gewaltigen Donnern begleitet waren. Es entstand eine
große Panik. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

Bewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Offiziere als Leiter von Arbeitsnachweisen.

Der Schlesische Arbeitsnachweisverband hat einen Ausbildungs-Kursus für Leiter von Arbeitsnachweisen eingerichtet, der sechs Monate in Anspruch nehmen soll. Der Kursus — so heißt es in der betreffenden Ankündigung — ist besonders kriegsverletzten Offizieren, die sich zu Leitern von Arbeitsnachweisen ausbilden wollen, zu empfehlen. Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß diese Tätigkeit dem an seiner Gesundheit geschädigten Offizier genügend Möglichkeiten böte, diese zu schonen, da ihm Bureaupersonal nach Bedarf zur Verfügung stehen werde. Andererseits werde eine solche Stellung allerdings genügend körperliche Regsamkeit und volle geistige Spannkraft erfordern. Die Gehälter würden je nach Größe der Gemeinde verschieden sein, jedoch kaum weniger als 2400 bis 3000 M. betragen. Die Anstellung sei eine privatrechtliche, unterliege also keiner Stützung auf Grund des Offizierspensionsgesetzes. Man sieht, die in den Mitteilungen über die Kriegsverletztenfürsorge der Provinz Schlesien veröffentlichte Bekanntmachung sucht den Offizieren die Sache in recht günstigem Licht darzustellen.

Sie sind ganz selbstverständlich damit einverstanden, wenn auch für die kriegsverletzten Offiziere in entsprechender Weise geforgt wird. Aber — ohne diesem ehrenwerten Stande zu nahe treten zu wollen — wir müssen doch sagen, daß wir im Interesse der Arbeitsnachweise wünschen müssen, den „militärischen Geist“ in diese Institutionen nicht eindringen zu lassen, und zwar ganz gleich, ob es sich dabei um Offiziere in leitenden Stellungen oder um subalternen Posten für Unteroffiziere usw. handelt. Die Vermittler von Arbeitsnachweisen müssen, um nach beiden Seiten zufriedenstellend wirken, d. h. den „richtigen Mann an den richtigen Posten“ bringen zu können, über weitgehende Sachkenntnisse verfügen. Die Theorie kann hier die Praxis nicht ersetzen. Darüber sind sich übrigens Unternehmer wie Arbeiter durchaus klar; in gemeinsamen Kundgebungen ist wiederholt dieser Grundsatz zum Ausdruck gekommen.

Die Arbeiter wollen im Vermittler ihres höchsten Gutes, der Arbeitskraft, den Mann ihres Vertrauens sehen. Nicht einen Beamten, bürokratisch gekleidet, sondern einen Mann, der seine Tätigkeit mehr in kameradschaftlichem Geiste ausübt, der erfüllt sein muß von tiefem, sozialem Empfinden, um die Rolle der Arbeitslosen — vielleicht auch gelegentliche Ausführeitungen — zu begreifen. Es gehört ein großes Maßgefühl dazu, sich in einer solchen Stellung das Vertrauen und die Achtung nach beiden Seiten hin zu erhalten. Leute, die als Rekrutenerzieher 12, 15 oder noch mehr Jahre in der Kasernen verbracht, die, wie immer auch ihre Verpflegung zu bewerten sein möchte, doch nicht den rauen Kampf um das Dasein im bürgerlichen Leben haben führen müssen, sind nach unserer Auffassung wenig befähigt, in den sozialen Institutionen, wie Arbeitsnachweis usw. eine erprobte Tätigkeit ausüben zu können. Die bürokratisch-militärische Auffassung von den Dingen, die der (Offiziers-) Leiter aus seiner früheren Stellung mitbringt, würde schwer zu vereinbaren sein mit den Ansichten des aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangenen Angestellten, und es würde ständig zu Reibungen kommen. Je kleiner der Arbeitsnachweis und damit das Tätigkeitsfeld, um so mehr würden diese Dissonanzen auch unmittelbar für die Arbeitssuchenden fühlbar werden.

Aus allen diesen Gründen — manche andere ließen sich noch anführen — ist unbedingt daran festzuhalten, daß die Stellenungen in den für die Arbeiter geschaffenen Institutionen nicht an wesensfremde Elemente übergehen, daß sie den aus Berufsreisen hervorgehenden Leuten vorbehalten bleiben.

Fort mit dem militärischen Geist, und mit dem Bürokratismus, wo ständig wechselndes, entwicklungsdrängendes soziales Leben pulsiert!

Aber auch von einem anderen Gesichtspunkte aus ist gegen die Absichten des Schlesischen Arbeitsnachweisverbandes Einspruch zu erheben. Gehälter von 2400—3000 M. für leitende Stellenungen in hochbedeutenden städtischen Einrichtungen? Man reflektiert auf Offiziere, die eine Rente erhalten, um an Gehalt sparen zu können. Mit diesen Bewerbern könnten die aus anderen Kreisen stammenden Reflektanten, die nicht das „Blut“ haben, kriegsverletzt zu sein, natürlich nicht konkurrieren. Auch gegen Lohnrücker der Gemeindeverwaltungen müßten wir uns ebenso entschieden wenden, wie gegen die von Privatunternehmern versuchten.

Berlin und Umgegend.

Jahresbericht des Metallarbeiterverbandes.

II.

In der Diskussion über den Jahresbericht kam von verschiedenen Rednern zum Ausdruck, daß man die Tätigkeit und den Fleiß der Ortsverwaltung ja nicht bestreiten könne, aber die Tendenz der Tätigkeit entspreche wohl nicht dem Willen der Mehrzahl der Berliner Metallarbeiter. Dieser Wille werde nach Meinung verschiedener Redner von der Leitung nicht genügend be-

achtet, es sei deshalb notwendig, daß sich die Mitglieder entschieden gegen die Tendenz der Tätigkeit der Gewerkschaftsinstanzen, besonders der Generalkommission, wenden. Auch die Tätigkeit der Gewerkschaftsleiter im Reichstages sei zu belämpfen. Schließlich wurde gefordert, daß die Verwaltungsstelle Berlin ein besonderes Mitteilungsblatt herausgeben soll, wie dies in den ersten Kriegsmontaten geschehen ist, als wegen Transportbeschwerden die „Metallarbeiterzeitung“ nicht erschien. Von Wendel wurde eine dementsprechende Resolution eingebracht.

Von Hermann und Benz wurden dann einzelne Fälle, die den Kriegsausbruch beschäftigten, kritisiert. Ein Kollege schilderte die unhaltbaren Zustände, wie sie augenblicklich noch in den Spandauer Staatsbetrieben bestehen, und macht der Verwaltung den Vorwurf, hier nicht energisch genug vorgegangen zu sein. Unter anderem seien es die Bestimmungen des Arbeiterausschusses, die eine große Benachteiligung der in Spandau beschäftigten Arbeiter darstellen. Es müsse hier mit allen Mitteln versucht werden, Änderung zu schaffen, um herbeizuführen, daß dem berechtigten Verlangen der in Spandau beschäftigten Kollegen endlich einmal Rechnung getragen wird.

Wegen vorgeschrittener Zeit mußte nunmehr die Generalversammlung vertagt werden. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde auf die infolge Verkürzung der Protration in den Kreisen der Arbeiter mächtig um sich greifende Erregung eingegangen und darauf aufmerksam gemacht, daß am nächsten Tage wahrscheinlich Arbeitsniederlegungen im größeren Umfange zu erwarten seien. Cohen erklärte hierzu, daß die Ortsverwaltung beschließen habe, falls am 16. April früh Arbeitsniederlegungen aus obigem Grunde erfolgen sollten, die Leitung zu übernehmen. Diese Erklärung findet einstimmige Zustimmung der Generalversammlung. Cohen bemerkt weiter, daß die Ortsverwaltung auf dem Standpunkte stehe, daß die Bewegung aber ausschließlich aller anderen Dinge sich im Rahmen der Ernährungsfrage halten müsse. Alles, was außerhalb dieser Frage liegt, habe mit der Bewegung nichts zu tun und könne der Sache nur schaden. Auch dies findet einstimmige Zustimmung der Generalversammlung.

Hierauf ging die Generalversammlung zur Beratung des Jahresberichts über. Siering tritt den bisherigen kritischen Bemerkungen der Diskussionsredner entgegen und macht besonders darauf aufmerksam, daß die eingebrachte Resolution nicht verhandelt werden könne, unter anderem aus Geschäftsordnungsgründen.

Zwei andere Redner kritisieren die Tätigkeit der Ortsverwaltung. Sie sind der Meinung, daß, weil Cohen in verschiedenen Dingen anderer Auffassung sei als die Mehrheit der Kollegen, er nicht wieder gewählt werden könne.

Im Schlußwort weist Cohen die gegen ihn und die Verwaltung gerichteten Vorwürfe im einzelnen zurück, soweit dies nicht vorher schon von Siering erfolgt war. In Spandau habe die Verwaltung getan, was angesichts der schwierigen Verhältnisse möglich war. Seine Haltung und die Haltung der Verwaltung sei gegenüber den grundsätzlichen gewerkschaftlichen Fragen seit Beginn des Krieges keine andere geworden und könne es auch nicht werden, da die Gegenläufe zwischen Arbeiter und Unternehmer durchaus immer noch in derselben Form bestehen, wie dies ebendies auch der Fall war. Wenn sich infolge des Krieges die Lagen etwas geändert habe, so nicht wegen irgendwelcher grundsätzlichen Änderungen, sondern weil wegen der durch den Krieg hervorgerufenen besonderen Umstände sich eine andere Haltung bei Wahrnehmung der Interessen der Kollegen notwendig machte. Nach wie vor sei er der Meinung, daß die Gewerkschaften an ihren alten Grundprinzipien festzuhalten haben. In einer Änderung liege kein Anlaß vor, aber die Tätigkeit der Gewerkschaften dürfe sich nicht nach irgendwelchen politischen Parteiströmungen richten, sondern müsse sich der jeweiligen Situation auf wirtschaftlichem Gebiet anpassen. Er, Cohen, halte es für einen Fehler, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen in den Dienst irgendwelcher parteipolitischen Strömung geraten, er sei der Meinung, daß die Gewerkschaften selbständige Organisationen bleiben müssen, nur dann können sie mit genügendem Nachdruck ihre Aufgaben erfüllen, d. h. die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrnehmen.

Wiederum war die Zeit so weit vorgeschritten, daß sich eine Vertagung notwendig machte.

Das Wiederstatfinden der Generalversammlung hat sich durch bekannte Ereignisse etwas verzögert und konnte deshalb erst am 6. Mai erfolgen. Siering gab bei Eröffnung die verschiedenen Umstände bekannt, die die Generalversammlung verzögert hatten. Lost beantwortete, mit Rücksicht auf verschiedene Umstände, die Wahl des 1. Bevollmächtigten bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung zu vertagen. Siering schloß sich dem an und es wurde dementsprechend beschlossen.

Nunmehr erfolgte die Wahl der übrigen Verwaltungsmitglieder. Gewählt wurde zum zweiten Kassierer Karl Schmidt. Da bei den Revisionen und Beisitzern mehr Vorschläge die Unterstützung der Generalversammlung fanden als gewählt werden sollten, konnte die endgültige Wahl der Revisoren und Beisitzer nicht erfolgen, vielmehr machte sich statutengemäß die Bornahme einer Urwahl notwendig.

Der Antrag der Elektromonteur, wonach die Generalversammlung nicht durch die Vertrauensleute, sondern durch Delegierte zusammengesetzt werden soll, wurde durch Hebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag von Emerz, „für den Bereich der Berliner Verwaltungsjahre wird der „Metallarbeiterzeitung“ ein Blatt beigelegt, auf dem sämtliche Branchen- und Bezirksversammlungen sowie sonstige Mitteilungen den Kollegen angezeigt werden“, wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Ein Antrag von Zirpel, wonach die Entschädigungen für Vertagungsversammlungen und dergleichen geändert werden sollen, ist gleichfalls angenommen.

Sodann wurde die Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl für den bevorstehenden Verbandstag in Köln erledigt. Insgesamt sind 50 Kandidaten aufgestellt, unter denen die Mitglieder die 27 auf Berlin entfallenden Delegierten zu wählen haben.

Die in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten am Sonntag eine Generalversammlung. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Prinzipale sich damit einverstanden erklärt haben, den Tarif, der am 1. Oktober abläuft, um ein halbes Jahr, also bis zum 1. April 1918, zu verlängern. In die Verichtszeit fiel die Bewegung um die Feuerungszulagen. Infolge der Zuständnisse war Berlin gegenüber anderen Städten voraus. Die Zentralkommission der Schriftgießer hat sich deshalb an die Kollegen in den anderen Städten gewandt, um dort zu versuchen, dieselben Feuerungszulagen durchzusetzen. Der Versuch ist in Dresden, Hamburg, Stuttgart, Leipzig und Frankfurt a. M. unternommen worden. Der Erfolg blieb, soweit Resultate bereits vorliegen, hinter den Berliner Errungenschaften erheblich zurück, es ist aber zu hoffen, daß sich in den anderen Städten bei passender Gelegenheit manches nachholen läßt. — Die in Stereotypen beschäftigt sind nehmen teil an den neuen Feuerungszulagen der Buchdrucker. — Die letzte Versammlung hatte sich mit dem provisorischen Schnellgießtarif beschäftigt, an dem mancherlei bemängelt wurde. Der Vorstand hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Er ist zu der Meinung gekommen, die erforderliche Revision des Provisoriums für Schnellgießarbeiten zurückzustellen bis zur Revision des ganzen Tarifs.

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht und den gedruckten liegenden Kassensbericht, wonach am Schluß des Geschäftsjahres, am 30. März, ein Bestand von 23 564 M. vorhanden war, wurde nicht beliebt.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die jetzt im Amte befindlichen Vorstandsmitglieder die Geschäfte so lange weiterführen, bis die im Felde befindlichen Vorstandsmitglieder zurückkehren. — In die Gewerkschaftskommission wurde Rose delegiert.

Der von Unternehmern ausgesprochene Gedanke, bei mehr tägigen Festen in der Woche die Feuerungszulage abzuziehen, wurde in einer Diskussion lebhaft belämpft. Man sprach allgemein aus, daß ein solcher Abzug dann nicht gemacht werden dürfte, wenn jemand durch zwingende Gründe mehrere Tage in der Woche verhindert sei zu arbeiten. Bei mutwilligen Verhummnissen, die aber in der jetzigen schweren Zeit gar nicht vorlämen, wäre es etwas anderes. Etwas unzulässige Abzüge sind dem Vorstand zu melden.

Für den Fall, daß es den Berliner Buchdruckern gelingt, durch ihre jetzige Bewegung in Berlin höhere Feuerungszulagen zu erreichen, als sie die Berliner Schriftgießer jetzt haben, soll der Vereinsvorstand der Frage näher treten, die gleiche Höhe der Feuerungszulage auch für die Schriftgießer zu erreichen.

Industrie und Handel.

Die Börse ahnt etwas!

Die „Bosische Zeitung“ schreibt in ihrem Börsenbericht: „Bemerkenswertes Kauinteresse machte sich für Aktien von Straßenbahnen geltend in der Erwartung, daß die angestrebten Tarifierhöhungen sich durchsetzen lassen werden. Neben den Aktien der Großen Berliner und der Hannoverischen Straßenbahn wurden auch Hamburger und Magdeburger begehrt.“

Entwicklung der Binnenschifffahrt.

Die im März 1916 gegründete Donau-Rain-Schiffahrtsgesellschaft m. b. H. in Nürnberg, hat sich günstig entwickelt und sich jetzt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die „Demerag“ Donau-Rain-Rhein-Schiffahrtsaktiengesellschaft von 2,5 Millionen Mark Kapital firmiert und in Nürnberg sesshaft ist. Das neue Kapital dient zur Angliederung der Expeditionsfirma Weber u. Co. in Nürnberg zur Erbauung von Lagerhäusern und zur dringend notwendigen Erweiterung der Schiffsbasis.

Verantwortl. i. Politik: Dr. Franz Diederich, Berl.-Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußhain; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Tobias Buntschuh
Mittwoch: Der Geizige.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Fasching.
Mittwoch: Fasching.
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrund. Schönhauser Tor.
8: Der Weibsteufel.
Mittwoch: Elga.

Lessing-Theater.
7 1/2 Uhr: Madame Legros.
Mittwoch: Madame Legros.
Donnerstag, 1. Mai:
Der Prozeßfall.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der Kammersänger.
Comtesse Mizzi. I. Klasse.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. C. Meinhart — R. Barnauer.
7 1/2 Uhr: Schnitzler-Abend.
Komodienhaus
7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komtoll.

URANIA
8 Uhr:
Tirol einst und jetzt.

Theater für Dienstag, den 22. Mai.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser. (Z. 50. Male)
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrfeld-Theater.
7 1/2 Uhr: Ehe-Urlaub.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.
Komische Oper
7 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.
20 Min.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädel vom Lindenhof.
Metropol-Theater
7 Uhr: Die Czardasfürstin.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. a. Kassental. Norden 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Steiner-Mädels
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Der Bibliothekar.
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: Freund Fritz.
Thalia-Theater
7 Uhr: Das Vagabundenmadel.
25 Min.
Theater am Nollendorfl.
3 1/4 Uhr: In Vertretung.
7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Stolze Thea.

Circus Busch
Heute: Große Wohltätigkeits-Vorstellung z. Besten der Witwenkasse des Berliner Lehrer-Vereins
Das reichhaltige Mai-Programm.
Zum Schluß:
Die versunkene Stadt

WINTERGARTEN
Gastspiel
Nelson's Künstlerspiele
Rudolf Nelson
Käte Erholz
Trude Troll
Kurt Fuß
Erna Alberti — Trude Duscedann
sowie die
12 Spezialitäten 12
des
Mai-Spielplans.

Admirals-Palast.
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett auf dem Eise.
Angenehmer kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Verzugl. Küche.

NATIONAL-THEATER.
Größter Vacherfolg!
Heiratsfieber.
Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.
Ruhf. von Walter Droume.
1. und 2. Abnachtsfeier, 7 1/2 Uhr:
Was junge Mädchen träumen.
Aspollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KÖNIGS-
ALLEE
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Cabaret
„Feldgrau“
Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast
Gastspiel der Schlierseer mit Xaver Terofal.
Heute 7 1/2 Uhr:
In d. Sommerfrisch'n
Morgen dieselbe Vorstellung.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: D. Herrgottschaiter.
Montag 3 1/2 Uhr: Jägerblut.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Er nimmt keine Frau.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Glücksbauer.
Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Mein Herzensfrü.
Große
Varieté-Vorstellung
Anf. 5 Uhr im Garten. Anf. 5 Uhr

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
Nur noch bis 31. Mai!
7 1/2 Uhr: Die Mai-Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Wenn's Mailüfterl weht.
Eidmischer Beßel.
Sonntag 4 Uhr: 'ne gute Idee.
● Zeigen schon verkauft!
Die Original Standard
Bereifung für Fahrräder
ist neu, leicht und gefällig.
Aufmontierung eine Minute!
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Standard Company,
Berlin 8, Sottbuier Tamm 91.
Vertreter überall gesucht.
H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnd. Alexanderplatz und
Vollteppichbium. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bodienung.
Lizenzant für alle Krauentenigen

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei
eingetragene Genossenschaft
mit befristeter Kapitalien.
Reinholdstr. 62. Willestr. 62.
Bilanz vom 31. Dezember 1916.
Aktiva.
An Waren-Konto . . . 5 548,65
Betriebsausföhen-Konto . . . 560,00
Gepammten-Konto . . . 2 701,25
Kassa-Konto . . . 3 484,26
Bank-Konto . . . 20 897,50
Bank-Konto-Separato . . . 562,50
Effekten-Konto . . . 300,00
Effektenlage-Konto . . . 11 937,50
Grundstück-Konto . . . 33 000,00
Gebäude-Konto . . . 158 300,00
Kaufmann-Konto . . . 2 000,00
Inventar-Konto . . . 639,68
Gepamm-Konto . . . 8 280,00
Konto-Korrent-Konto . . . 249 111,94
Debitoren . . . 900,00
Passiva.
Der Konto der Genossen-
schafter . . . 860,00
Reservefonds-Konto . . . 12 460,83
Hypotheken-Konto . . . 175 150,00
Darlehens-Konto . . . 31 065,00
Küchlage-Konto . . . 20 300,10
Konto-Korrent-Konto . . . 9 185,41
Kreditoren . . . 249 111,94
Im Laufe des Geschäftsjahres 1916
ist kein Genosse beigetreten, aus-
getreten ist 1 Genosse. Mitgliederzahl
am 31. Dezember 1916 15 Genossen.
Das Geschäftsguthaben der Mitglieder
sowie die Kassa summe derselben be-
tragen am 31. Dezember 1916 je
950,00 Mark.
Berlin-Reinholdstr.
den 19. Mai 1917.
Der Vorstand.
Robert Engel. Karl Marschel.
Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Die deutsche Landwirtschaft und die Landarbeiterfrage nach dem Krieg.

In seiner Sitzung vom 3. März dieses Jahres hatte der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrats den hochwichtigen Beschluß gefaßt, aktiv an der Gestaltung der Uebergangswirtschaft teilzunehmen. Er versuchte, die großen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands in einen Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft zusammenzufassen. Dieser Kriegsausschuß sollte den Zweck haben, in Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft, welche die gesamte reichsdeutsche Landwirtschaft betreffen, insbesondere auf dem Gebiet der Uebergangswirtschaft und Handelspolitik, ein gemeinsames Vorgehen der landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands herbeizuführen, um dadurch ihren Anträgen mehr Gewicht und Berücksichtigung bei den Ministerien der Bundesstaaten, den Reichsbehörden sowie im Bundesrat und Reichstag zu verschaffen. Dieser „Kriegsausschuß“, der mit diesem interessanten Programm auf den Plan tritt, beruht zwar auf einem freien Uebereinkommen der beteiligten Körperschaften, hat aber bindende Satzungen und eine umfangreiche Geschäftsordnung. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse des Ausschusses gebunden, die einstimmig gefaßt worden sind. Mit einer einzigen bezeichnenden Ausnahme sind heute alle landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands mit mehr als 100 000 Mitgliedern im Ausschuß vertreten; es sind dies: 1. der Deutsche Landwirtschaftsrat mit 8 Vertretern, 2. der Bund der Landwirte, 3. der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, 4. der Generalverband ländlicher Genossenschaften und 5. der Deutsche Bauernbund mit je zwei Vertretern. Unter den großen Verbänden mit mehr als 100 000 Mitgliedern fehlt nur die „Vereinigung der deutschen Bauernvereine“, die erst vor wenigen Wochen in Berlin sich konstituiert hat unter der Leitung des bekannten Agrarsachverständigen v. Kerckhoff zur Vorg. Die Vereinigung hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß die beiden genossenschaftlichen Verbände ihren Platz im Ausschuß zu Unrecht inne hätten, da diese sich grundsätzlich mit wirtschaftspolitischen Dingen nicht abgeben. Der Ausschuß seinerseits hält die Genossenschaften für die Uebergangszeit für unentbehrlich. Eine Einigung konnte bis heute nicht erzielt werden. Auch Körperschaften mit weniger als 100 000 Mitgliedern können beitreten, jedoch findet dann eine Zusammenlegung mehrerer solcher kleineren Verbände statt, die dann für je 100 000 Mitglieder zwei Stimmen erhalten. Seine Mittel erhält der Ausschuß durch Jahresbeiträge seiner Mitglieder in Höhe von je 5000 M.

Das Arbeitsgebiet dieses Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft ist gegliedert in vier getrennte Geschäftsabteilungen:

- a) für Handels- und Zollpolitik, Steuer- und Kreditwesen;
b) für Produktion und Uebergangswirtschaft;
c) für Arbeiterfragen, Ansiedlung, Spannkräfte usw.;
d) für landwirtschaftliche Genossenschaftswesen.

Neben diesen Aufgaben betrachtet aber dieser Ausschuß seine Hauptaufgabe darin, von Zeit zu Zeit mit politischen Kundgebungen agrarisch-alldeutscher Richtung sehr bemerkbar an die Öffentlichkeit zu treten. Die erste Tat des Ausschusses bildete nämlich jener aufsehenerregende unglückliche Aufruf, den die „Deutsche Tageszeitung“ am 3. Mai veröffentlichte und in dem aus „Versuchen“ der schöne Satz aus dem „ersten Entwurf“ stehen blieb: „Wir brauchen Nahrung und Gebietsverweirungen in Ost und West und Uebersee!“ Dieser Aufruf ist im Schoße des Kriegsausschusses entstanden und wirft ein helles Licht auf die Gründe, die zur Errichtung des Ausschusses mit geführt haben.

Die Existenz des Kriegsausschusses interessiert uns aber in anderer Hinsicht weit mehr. Seine Geschäftsabteilung für Arbeiterfragen und Ansiedlung hat nämlich bereits ein umfassendes Arbeitsprogramm aufgestellt, dem auch wir die allgerühmte Beachtung schenken müssen. Der Ausschuß schickt sich an zur Lösung der „Landarbeiterfrage“, einer Frage, die in hohem Grade von jeder der Sozialdemokratie am Herzen gelegen hat. Da Beschlüsse des Ausschusses in dieser Hinsicht noch nicht vorliegen, müssen wir uns für heute begnügen, die Wege aufzuzeigen, auf denen er die Lösung der Landarbeiterfrage in seinem Sinne anzustreben sucht.

Die Abteilung für Arbeiterfragen hat sich als Ziel ihrer Arbeit gesteckt:

1. Prüfung und Feststellung des gegenwärtigen Standes der Arbeiterverhältnisse und des bei Friedensschluß voraussichtlich entstehenden Arbeitermangels.
2. Begründung und Beantragung von zweckmäßigen Maßnahmen beim Bundesrat zur glatten Abwicklung der Demobilisation. Hierbei fordert der Ausschuß: Planmäßige, stufenweise Rückleitung der in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgenossen und Landarbeiter je nach dem Stand der Leistung des deutschen Bedarfs; ferner: Sicherstellung eines geregelten Bezugs von Landarbeitern aus den bisherigen Bezugsgebieten nach Friedensschluß und weiterhin: Rückleitung der im Feld lebenden Arbeiter nach Möglichkeit ihrer Berufe und nach ihrer letzten Arbeitsstelle. (1) Hierzu käme in Betracht eine Wanderung der Militärereifordern und ein Zusammenwirken der militärischen Stellen mit den landwirtschaftlichen Vertretungen. Dringend erwünscht ist auch die Einstellung der Landwirtschaft in die Gruppe der zuerst zu entlassenden Kräfte. Der Abzug landwirtschaftlicher Arbeitskräfte und des Gefindes ist zu verhindern durch geschliche und militärische Vorschriften. (1) Diesen bestehenden Forderungen schließt sich dann der Wunsch nach einer umfassenden und gleichmäßigen Organisation des gesamten Arbeitsnachweises unter Benutzung der bereits bestehenden landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise an. Weiterhin denkt der Ausschuß in Agrar zu nehmen: 2. die Regelung des Arbeiter- und Siedlungswesens nach dem Krieg. Hierzu bedarf es nach seiner Ansicht der Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Anpassung der geschlichen Vorschriften für die Landarbeiter (Vereinsgesetz, Gefinderecht!) an die erschwerten Produktionsverhältnisse (1) sowie der Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte durch Zuweisung militärischer Arbeits- und Fuhrkommandos in der Uebergangszeit, Ausbildung von Kriegsverletzten, Ansiedlung der Kriegsverletzten und der Kriegswitwen, Aufnahme von Kriegswaisen auf dem Lande, ferner aber durch Erleichterung der Ansiedlung, etwa durch Uebernahme der Schul- und Armenlasten auf den Staat. Die Vermehrung der der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte soll aber tunlichst auch erreicht werden durch Beschäftigung solcher Arbeitskräfte mittels nachweiser Ueberlassung von Land mit Wohnräumen, durch Erhaltung

des Besitzes gefallener Krieger, ferner aber auch durch Verlegung von Garnisonen, Waisenhäusern, Gefangenenanstalten usw. auf das Land sowie durch planmäßige Heranziehung beschäftigungsloser Elemente der Landstrafe. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß der Ausschuß sich auch angelegentlich befassen will mit der Schaffung von Arbeiterausschüssen bei den landwirtschaftlichen Körperschaften (1), mit der Regelung der Arbeitsverträge und der Lohnfrage, mit der Einrichtung von Schlichtämtern und schließlich mit der Verbesserung der Wohnungs- und Lebensverhältnisse und der Ermöglichung des sozialen Aufstiegs.

Dieses Programm ist etwas umfangreich, und käme es widerstandslos zur Durchführung, so wäre in noch höherem Grade als vor dem Krieg der deutsche Landarbeiter der Billfür ausgeliefert. Auch die Sozialdemokratie interessiert sich schon sehr lange für diese Frage, und glücklicherweise hat sie bei der kommenden Regelung der reformbedürftigen Landarbeiterverhältnisse auch ein sehr großes Wort mitzusprechen. Der Kriegsausschuß aber darf versichert sein, daß dann die von ihm so „in allererster Linie“ erstrebte Verbesserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse eine wirkliche Verbesserung bedeuten wird, wenn auch mehr im Sinne des Landarbeiters als des Großgrundbesizers. Für die zukünftigen Wirtschaft- und Machtkämpfe aber wollen wir uns auf jeden Fall dieses Programm der berufenen Vertretung der gesamten deutschen Landwirtschaft gut merken.

Groß-Berlin

Minderwertiges Fleisch. — Geringfügige Kartoffelanfuhr.

Der Magistrat Berlin teilt uns mit:

Es sind in den letzten Tagen in Berlin wieder mehrfach Ansammlungen vor den Fleischläden beobachtet worden. Juridisch ist diese unliebsame Erscheinung zunächst darauf, daß das Publikum sich nicht an den vorgeschriebenen Nummeranruf des Schlächters lehrt, diese Anordnung vollständig außer acht läßt und verläßt, möglichst gegen oder am Schluß der Woche den Fleischbedarf zu decken. Hingru kommt noch, daß die Bevölkerung glaubt, durch Anstellen sich besseres Fleisch besorgen zu können. Dieses Verstreben ist aber aussichtslos. Das der Stadtgemeinde Berlin gelieferte Vieh ist zurzeit außerordentlich minderwertig. Deshalb kann das von den Fleischern abzugebende Fleisch auch nur von minderwertiger Beschaffenheit sein.

Die Zufuhr von Kartoffeln aus den der Stadt Berlin zugewiesenen Lieferungsprovinzen ist seit einer Reihe von Tagen trotz aller Anmahnungen so geringfügig geworden, daß die zugeführten Kartoffeln zur Verteilung der Wochenkopfmenge keinesfalls ausreichen werden. Demgemäß wird es erforderlich sein, von dem bereits am Sonntag verkündeten Vorbehalt der Verteilung von Brot an Stelle der Kartoffeln in erheblichem Umfange Gebrauch zu machen.

Bei diesen beiden Veröffentlichungen haben wir es zweifellos mit einer „Flucht in die Öffentlichkeit“ zu tun. Der Magistrat Berlin bezeichnet das angebotene Vieh als „außerordentlich minderwertig“ und die Kartoffelmengen als „trotz aller Anmahnungen“ so geringfügig, daß Brot in erheblichem Umfange als Ersatz gegeben werden muß. Wenn der Magistrat nicht die Gewißheit hätte, daß es sich um vermeidbare Unterlassungen der berufenen Stellen handelt, würde er diesen Schritt sicherlich nicht getan haben. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu verlangen, daß die zuständigen Reichsstellen schleunigst nach dem Rechten sehen und für schnellste Abhilfe sorgen.

Auch aus den Vororten kommen ungünstige Nachrichten, nachdem die Versorgung einige Wochen lang gut funktioniert hatte. Am Sonnabend und Sonntagvormittag gab es vielfach vor den Schlächterläden wieder die berüchtigten Polonäsen. Nur ein Bruchteil der Bezugsberechtigten hatte bis Freitag das Fleisch erhalten. In einigen kleinen Gemeinden haben die Bewohner sich die fehlenden Kartoffeln nicht einmal Brot erhalten. In Lichtenberg gab es zwar auf die städtische Fleischkarte 250 Gramm, auf die Reichsfleischkarte dagegen nur 100 Gramm. In Oberschöneweide wurde den Frauen von den Schlächtern am Sonnabend erklärt, es gebe kein Fleisch mehr, weil der Gemeinde 80 Rentner gestohlen worden seien. Schließlich wurde den mit Recht empörten Frauen gesagt, sie könnten sich Graupen (1) auf die Fleischkarte holen. In Friedrichsfelde konnte man in der vorigen Woche nur auf die Reichs-, in der jetzigen Woche nur auf die Reichsfleischkarte keine Wochenmenge bekommen.

Als die Verortung verkürzt wurde, ist den Arbeitern von der Regierung in der allerbestmöglichen Weise versprochen worden, daß Ersatz durch andere Nahrungsmittel, insbesondere Fleisch, gegeben werde. Wird die Regierung ihr Wort einlösen? In Tempelhof und Mariendorf gibt es zwar auf die Reichsfleischkarte 250 Gramm, in Tempelhof aber auf die Reichskarte nur 150 Gramm und in Mariendorf gar kein Fleisch. Ähnlich geht es den andern Gemeinden des Kreises Teltow.

Die Staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin

wird nach neueren Anordnungen bereits im Laufe dieser Woche ihre Tätigkeit beginnen. Ueber ihre Bedeutung für die Lebensmittelversorgung der Groß-Berliner Kommunalverbände schreibt eine Lokalkorrespondenz, die oft von behördlicher Seite inspiriert wird:

Die Bedeutung der Staatlichen Verteilungsstelle für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Groß-Berlins beruht vor allem darin, daß sie den Landesämtern gleichgestellt ist. Infolgedessen entsteht für alle Groß-Berliner Vorortstädte und Gemeinden gegenüber dem jetzigen Zustand der Verteilung, daß für sie in der Lebensmittelverteilung alle bisherigen Zwischeninstanzen wegfallen und dieselbe unmittelbare Belieferung mit den nicht rationierten Lebensmitteln eintritt, wie sie bereits Berlin hat. Der zweite wesentliche Fortschritt der neuen Einrichtung ist darin zu erblicken, daß die staatliche Verteilungsstelle vor der Festsetzung der Schlüssel für die Verteilung der Lebensmittel gehört wird und demnach die besonderen Verhältnisse des Wirtschaftsgebietes Groß-Berlin zur Geltung bringen kann. Bisher war es als ein Uebelstand zu bezeichnen, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden der Groß-Berliner Vorortgemeinden, Oberpräsident und Regierungspräsident, von diesen Verteilungsschlüsseln erst Kenntnis erhielten, nachdem sie festgelegt worden waren und nur noch schwer geändert werden konnten, oder wenn sie noch geändert wurden, so war die Ware schon verteilt. Die überwiegend städtische Bevölkerung in den Groß-Berliner Vorortgemeinden wurde hierbei nicht genügend berücksichtigt und in der Belieferung daher oft benachteiligt. Die Staatliche Verteilungsstelle hat infolge ihrer Stellung im Rahmen der staatlichen Behördenorganisation die Möglichkeit, derlei Unzulänglichkeiten von vornherein entgegenzuwirken.

Nach außen wird die Tätigkeit der Staatlichen Verteilungsstelle vor allem darin hervortreten, daß sie auf den Ausgleich der für die Groß-Berliner Kommunalverbände gelieferten Lebensmittelmengen sowohl der Zeit wie der Menge nach hinwirkt. Es wird hierin noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden

sein, da die für Groß-Berlin bestimmten Nahrungsmittel aus verschiedenen Teilen Deutschlands und nicht auf einmal kommen. Es kann daher zunächst nur angestrebt werden, daß innerhalb eines gewissen Zeitraums von einigen Wochen in jeder Groß-Berliner Bedarfsgemeinde dieselben Lebensmittelmengen ausgegeben werden. Das Ziel ist aber die einheitliche Belieferung ganz Groß-Berlins seitens der für die verschiedenen Lebensmittel geschaffenen Reichs- und Staatsstellen durch Ueberweisung an die Staatliche Verteilungsstelle. Die Unterverteilung für die Gemeinden städtischen Charakters und für die mehr ländlichen Gemeinden bleibt Sache der Landkreise. Auch die Stadtkreise Groß-Berlins behalten, wie schon betont wurde, in der örtlichen Verteilung vollständig ihre jetzige Selbständigkeit.

Das Kriegsernährungsamt blickt am heutigen Tage auf ein einjähriges Bestehen zurück. Durch Bundesratsverordnung vom 22. Mai 1916 begründet, begann das Amt unter Reichsleiter Leitung Ende Mai seine Tätigkeit. Ein abschließendes Urteil über die Erfolge des R.E.A. kann erst später gefaßt werden. Heute wollen wir uns damit begnügen, den Wunsch auszusprechen, daß der Eintritt glücklicher Zeiten seine Wirksamkeit recht bald überflüssig machen möge. Den Tag der Auflösung des R.E.A. wird das deutsche Volk jedenfalls mit freudigeren Gefühlen begehen, als seinen heutigen ersten Geburtstag.

2000 Kinder von Rentenempfängern aufs Land. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Rund 2000 Kinder von Rentnern und Frauen verstorbener Versicherter, meistens Kriegswitwen werden von der Landesversicherungsanstalt Berlin auf ihre Kosten aufs Land geschickt. Die Verladung erfolgt durch Vermittlung der Schuldeputation des Berliner Magistrats, der auch den Tag der Abreise festsetzt und bekanntgibt. Aus diesem Grunde sind Anfragen der Eltern der Kinder bei der Landesversicherungsanstalt zwecklos, worauf hierdurch besonders hingewiesen werden soll. Die Landesversicherungsanstalt Berlin unterläßt auch Rentner und Hinterbliebene von Versicherern, die ihre Kinder nachweislich zu Verwandten aufs Land schicken; dies ist bisher schon in einigen hundert Fällen geschehen.

Berliner Adreßbuch. Der Nachtrag zum Jahrgang 1917 ist soeben erschienen und gelangt von Dienstag ab zur Ausgabe. Er wird allen Abnehmern des diesjährigen Adreßbuches in der Ausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Zimmerstraße 36—41, und in dessen sämtlichen Geschäftsstellen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich verabfolgt.

Ein gefährlicher „Spezialist“ wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Beamten des 5. Kriminalbezirks fiel ein Mann auf, der mit schwarzem Kreppstoff haarierten ging. Sie sahen sich in einer Schankwirtschaft, wo er die Ware wieder anbot, die Stoffe genauer an und fanden auf den fünf je 84 Meter langen Stücken, die er besaß, ein eigentümliches Fabrikzeichen in der Gestalt der verschlungenen Buchstaben G. H. mit 2 Löwen. Weil er sich über den Erwerb nicht ausweisen konnte, so nahmen die Beamten den verdächtigen Händler fest. Man erkannte in ihm den 24 Jahre alten Müller Joseph Engel, der als Spezialität den Einbruch bei Brotkommissionen und in Schlächtereien betrieb. Engel, der auf seinen Beutetügen stets eine scharfgeladene Browningpistole bei sich trug und bei einem Einbruch in Charlottenburg auf einen Schlächtermeister schoß, schloß erst kürzlich einer Kommission 8000 Brotarten und verkaufte sie für 10 000 Mark. Jetzt mietete er sich in der Prenzlauer Straße eine Zweizimmerwohnung, kaufte eine ganz neue Einrichtung und hauste mit einer Geliebten als „solider Ehemann“. In dieser Behausung fand man aus verbleibenden Einbrüchen Fleisch, Schlächtermäße und Stoffe, über deren Herkunft noch nichts feststeht. Vares Geld war nicht vorhanden. Die Kriminalbeamten entdeckten es aber in einer Schankwirtschaft, in der sich der Einbrecher eine Sparkasse angelegt hatte. Er hatte eine eiserne Kasse gekauft und diese mit einem großen Betrage bei dem Wirte untergestellt. Wachten seine „Geschäfte“ zeitweilig nicht genügend ein, so versorgte er sich regelmäßig aus dieser Kasse. Die Kasse enthielt noch 3000 R. Engel wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Einen qualvollen Tod hat der 40jährige Arbeiter Schäfer gefunden, der auf dem Salzhof angestellt war. Sch., der in der Säureabteilung arbeitete, wurde von Kollegen in schwererletem Zustande unter der Säureleitung bewußlos aufgefunden. Aus der Rohrleitung strömende Säure hatte ihm am ganzen Körper furchtbar verbrannt; an einzelnen Körperteilen hatte sich das Fleisch vollständig aufgelöst. Der Bedauerndwert wurde nach dem Spandauer städtischen Krankenhaus geschafft, wo er am folgenden Tage unter entsetzlichen Schmerzen starb. Wie sich das Unglück ereignet hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Ein tödlicher Unfall. Der 26 Jahre alte Arbeiter Stanislaus Grayski aus der Spenerstr. 6 fiel am Freitag beim Verladen in der Paulstraße von einem Kohlenwagen und schlug so heftig auf, daß er sich einen Schädelbruch zuzog und bewußlos nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte. Hier starb er gestern an den Folgen der Verletzungen.

Brennende Eisenbahnwagen. Am Montagmittag wurde die Feuerwehre nach dem Sörliger Bahnhof gerufen. Dort brannten zwei Eisenbahnwaggons mit Glas. Die Flammen hatten an der Verpackung, hauptsächlich an Holzpolle und Stroß, so reiche Nahrung gefunden, daß die Feuerwehre mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben mußte, um die Gefahr für den Verkehr und die übrigen Eisenbahnwagen zu beseitigen.

Gleichzeitig stand vor dem Hause Plottowstr. 2 ein mit Papier beladener Rollwagen total in Flammen und in der Lugenburger Straße 22 brannte eine Holzwarenfabrik. Hier und in der Rengeltstraße hatte die Feuerwehre längere Zeit zu löschen.

Unbekannte Leiche. An der Waisenbrücke wurde die Leiche eines unbekanntes Mannes angeschwemmt, der dem Äußereren nach dem Mittelstande angehört hat. Der Tote ist etwa 65—75 Jahre alt, hat hellblondes, grammeltes Haar mit kleiner Glase, melierten Schnurr- und Spigbart, über dem linken Auge eine bohnengroße Warge und trug ein schwarzes Jackett, eine dunkle Weste und Dole, graue Strümpfe und schwarze Schnallenschuhe.

Der Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin, richtet an die Arbeiterorganisationen Groß-Berlins folgenden Aufruf:

Vor dem Kriege hat die Kolonne mit materieller Unterstützung der Arbeiterkraft stets eine größere Anzahl älterer Samariter bereitgehalten, um bei Festlichkeiten und sonstigen Veranstaltungen eine Samariterwache stellen zu können. Von dieser Einrichtung ist weiterer Gebrauch gemacht worden. Bei allen Veranstaltungen waren die Samariter gern gesehen und eine ständige Erscheinung. Dies alles hat der Krieg zunichte gemacht. Auch unsere Reiben sind gelichtet worden. Von dem Grundjah ausgehend, daß Stillstand Rückschlag bedeutet, haben wir aber nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern haben, um Ersatz zu schaffen, mit Eifer unsere Reibe weitergeführt. Wir sind in der Lage, wie vor dem Kriege auch weiterhin bei allen Veranstaltungen Samariterwachen stellen zu können. Wir ersuchen deshalb, bei Bedarf dem unterzeichneten Vorsitzenden davon schriftlich Mitteilung zu machen. Bemerken wollen wir noch, daß wir auf Anforderung für größere Werke Samariter vermittelt haben, die nach Prüfung durch beamtete Kräfte als ständige Samariter angestellt wurden. Gustav Dietrich, Berlin NW 28, Klopstockstr. 25, Hof links, part. L

Aus den Anfängen der deutschen Heilkunde.

Von Dr. Johannes Kleinpaul.

Es wird kaum jemand verwunderlich erscheinen, daß die ersten Ärzte gleichzeitig viellos Apotheker und die ersten Apotheker gleichzeitig Heilkünstler waren; daß einer, der in die Apotheke läuft, um sich ein Heilmittel zu holen, gleichzeitig um einen guten Rat in irgendwelchen Nöten bittet — und ihn erhält —, ist namentlich auf dem Lande heute noch vielfach üblich. Das liegt so nahe, daß es jeder Mann begreift —, auch wenn er es nicht immer billigt. So wurde auch die erste Feldapotheke (oder „Militärkiste“), von der wir wissen, von einem Medicus zusammengestellt. Es war dies der feinerzeit (1560 bis 1634) berühmte Chirurg Fabrizius Hildanus. Nur „altergebräuchlichste und färbendste Stoffe“ waren darin enthalten, — und kommt jedoch ihr Inhalt sehr reichlich vor. Im ganzen waren es nicht weniger als 307 verschiedene Medikamente; dazu kamen dann noch allerlei Säuren. Eine Menge Wurzel, Kräuter und Tees waren darin enthalten, aber auch Früchte, Gewürze und ätherische Öle fehlten nicht. Allem andern voran stehen jedoch die Abführmittel; davon waren nicht weniger als 15 einfache und 17 vermischte in der Kiste. Dazu kamen dann noch verschiedene Schmalze: Girschtalg und Wärenfett, ja sogar Menschenschmalz war darin vorhanden. Dazu „pulverisierte Mumie“, die wirklich aus altägyptischen Mumien hergestellt sein sollte, Totenschädel, roh und calciniert, und als kostbarer Bestandteil aller alten Apothekerordnungen „Moss von eines Menschen Hirnschale“. Nur in ganz verzweifelten Fällen wurden diese Kostbarkeiten verwendet, wenn es sich darum handelte, den noch lebendigen Krieger am ganzen Leibe vom Haupt bis auf die Füße auszuräumen — und — die Kleinigkeit von 20 Groschen für ein Skrupel (der 288. Teil eines Pfundes) davon gefordert.

Lassen wir den Ruhm und die Verdienste dieses ehrenwerten Mannes dahingestellt, wie mag es wohl hundert Jahre später um die ärztliche Kunst und Wissenschaft bestellt gewesen sein? Am 23. Juni 1700 erging ein Schreiben der landesherrlichen Regierung an den Rat in Dresden, die Leibärzte sollten die Marktschreier und ihre Krugweiber examinieren. Auf den Jahrmärkten trat damals immer ein Arzt in offener Bude auf, der für alle Zufälle mit seinen Heilmitteln zur Verfügung stand und vielfach einen Handworts als Kochslogun zur Seite hatte; in Leipzig hatte er seinen Stand regelmäßig vor dem Peterstore. Das war für „innere Medizin“. Und die „Äußere“? Im Jahre 1719 vermachte der Dresdener Chirurg Tobias Friedler der dortigen Barbierinnung seine Häuser mit der Bestimmung, kranke Barbiergefellen darin aufzunehmen und zu versorgen. Die Medizinmänner damaliger Zeit, die verwirren und die unbesessenen, kamen eben von den verschiedensten Ständen her. In Leipzig z. B. beschwerte sich das Stadgericht im Jahre 1727 beim Kurfürsten, daß ein gewisser C. E. D. aus Jandau, der im Frühjahr viele Jahre lang bei einer Schneiderin als Tafelschneider gearbeitet hätte, durch einen Pfalzgrafen den Doktor Titel erhalten und darauf zu kurieren angefangen habe. Es erfolgte ein kurfürstliches Verbot.

Daß die Scharfrichter es auf dem — früher von den Ärzten verächtlich behandelten Gebiete der Chirurgie zu solchem verwunderlichen Ansehen brachten, beruhte auf einem alten Grundsatze der Sympatie. Nach uraltem Volksglauben vermag die Hand, die Wunden schlägt, auch Wunden zu heilen —, wie man denn überhaupt all dem Unheimlichen, was vom Galgen und Radensteinen stammt, besondere Wunderkraft beimäß. Noch im Jahre 1755 wurde bei einer Hinrichtung in Dresden die Erlaubnis nachgesucht, einen Häftling, der das noch warme Blut eines Schächers trinken zu lassen, und diese Erlaubnis wurde von dem damaligen Premierminister Grafen Brühl erteilt. Der Unglückliche trank auch wirklich einen ganzen Becher davon hinunter, dann stürzte er eisend weg von der schauerlichen Stätte.

Nicht weniger als bei diesen Leuten wird man sich jedoch auch darüber wundern, wie verschiedene Männer der Wissenschaft mit einem Male „unfaktellen“ und Mediziner wurden. Besonders dann, wenn ihr Feld vorher die Mathematik gewesen. So ließ der bekannte Würzburger Mathematiker und Astronom M. Bartholomäus Scholz (Weinholz), der sich als Gelehrter Cultus nannte, im Jahre 1575 ein medizinisches Buch — eine Schrift des

30 Jahre früher verstorbenen Paracelsus Theophrastus von Hohenheim, genannt Bombastus, über die Pest — drucken, zu der er allerlei aus Eigenem hinzugefügt. Und Kaiser Feurer war bis 1559 Professor der Mathematik, von da an aber Professor der Medizin! Wie, so fragen wir heutigen, war so etwas möglich? Des Rätsels Lösung liegt in folgendem: die Mathematik erreichte ja ihren Höhepunkt in der Himmelskunde, und ohne Himmelskunde konnte eine ansteckende Krankheit, wie die Pest, damals nicht erklärt werden; die Bazillenlehre war ja erst dem 19. Jahrhundert vorbehalten.

Von königlichen Hof- und Leibärzten erzählte man sich allerhand seltsame Geschichten. Vom Jahre 1727 berichtete die „Vossische Zeitung“ (Nr. 69): „Es sind allhier zu Berlin bey dem Königl. Hof-Medico Hrn. Gellingner auf dem Mühlen-Dof zu bekommen schöne und gute Schweiger-Käse, das Pf. um 6 gr. Die Herren Liebhaber können ganze Käse oder Pfundweise nach Belieben bekommen.“ Und in Nr. 68 aus Paris vom 8. Juli: „Dieser Tage fand man eine Frau in ihrer Kammer, welcher der Voch bis an den Magen geöffnet war und der das ganze Eingeweide aus dem Leibe hing. Der erste Chirurgus, den man ihr holte, fiel auf diesen Anblick in Ohnmacht, worauf man einen andern kommen ließ, welcher das Eingeweide wieder einlegte und die Wunde zunehte.“

Angesichts solcher Leistungen gewinnt die Erwähnung des vielleicht zu Unrecht mehr berücksichtigten als berühmten Doktor Eisenhart doch vielleicht ein schätzenswerteres Gepräge. Gewiß, er war in erster Linie — soweit wir heute noch von seinen Leistungen wissen — ein großer Kellamebel. Aber er war nicht der erste, der die „Schwarzweiße“ Kunst in den Dienst der Seinigen stellte. Soeben erst hat die Verwaltung der königlichen Bibliothek zu Berlin den Nachdruck eines 200 Jahre älteren „Kultur-Dokuments“ aus der Zeit zwischen 1506 und 1512 hergestellt, in dem ein damaliger wandernder Wunderdoktor „Der Johan Vistoris arzt“ aus Magdeburg seinen Rat und seine Hülf für eine lange Vitanel von allerhand Krankheiten und Gebrechen empfiehlt. Doktor Eisenhart aber hat wohl zuerst sogar ein Nischie in seinen Anzeigen verwandt. In der „Vossischen Zeitung“ vom Jahre 1724 findet sich die Darstellung eines Waisenknaben, den er einem 23jährigen Menschen „mit geschwinder Behändigkeit und in presence vieler Leute, doch ohne große Schmerzen“ herausgeschnitten haben wollte; ein durch allerlei Punkte und Schattierungsstriche belebtes Oval von der statischen Größe eines Hühneres. Dergleichen wichtige Operationen“, so heißt es in dem dazu gehörigen Artikel, „wird der Rat Hjen-Paris noch mehrere vornehmen. Was an Augen-Curen, Bräuen, Leibs Gewächsen, Hafenscharten von ihm berichtet worden, achte er gering. Hierbey wird dessen unvergleichlicher balsamischer Haubt, Augen- und Gedächtnis-Spiritus de meliori recommendiret, wovon sehr viele Proben erwiesen an denen, so vom Schlag gerührt, Schwindel, Ohren-Sausen, Kopfwehe und Augen Trübselheiten laboriret, auch ist zu conservirung darzu nichts beßeres zu wünschen, das Lot a. 12 gr., ingleichen dessen berühmte Tinctur in Stein und Glieder-Schmerzen das Lot a. 8 gr. wie auch die curieuse und bequeme Brust-Pänder, wodurch viele Kränke nebst diensl. Medicamentis ohne Schnitt curiret werden, um billigen Preis zu haben. So jemand seiner Hülf bedürftig, kan des Morgens seinen Urin auffangen und ihm zusenden. Sein Logis ist in der Spandouischen Straße bey Herrn Melchern.“ Eisenhart kam auf seinen Reisen fünfmal nach Berlin. Er hatte von König Friedrich I. ein ausdrückliches Privilegium zur Ausübung seines Berufes erhalten, und Friedrich Wilhelm I. bestätigte es. Später kaufte er sich um 200 Taler auch noch den Titel Hofrat.

Alle diese Beispiele, von denen viele noch nicht 200 Jahre weit zurückliegen, lassen deutlich erkennen, welche erstaunliche Entwicklung die Heilkunde seitdem und besonders in den letzten 100 Jahren durchgemacht hat.

Zehn Proletenjahre.

Gestern abend, da erwarteten meine letzten zehn Proletenjahre, in denen man von Glück und Habe so nichts erreicht, zu schmerzenden Erinnerungsleben. Im letzten, das Grün der Natur berührenden Häuschen des Städtchens, wohin ich aus den Kriegswirren den kranken Körper gerettet, liege ich, ermüdet vom Söldnerdienst des Tages, auf dem Lager. Das Dunkel und die Stille haben vor dem Entschlummern das Menscheninnere so wunderbar hell und empfänglich gemacht.

Das junge Ehepaar — er ist ein Lehrer, dem der Schmelzlebens sicher ist —, bei dem ich wohne, plappert vergnügt in der Küche, des Geräusch von Pantierungen dringt in mein Zimmer zu meinem Lager. Einfilzig wirds in der Küche, die Schläfrigkeit scheint auch dort an die Augenlider zu rühren. Da schlief das Paar die Küchentür hinter sich, geht über den Flur. Und dann höre ich die Kammertür öffnen.

Ein Menschenpaar zieht ein in sein treu umhertes, friedvolles Heiligtum. — Wie war's vor zehn Jahren, damals, als ich, ein Zwanzigjähriger, die Brust voll Hoffnungen, den Kopf voll Plänen, in die Welt ziehen mußte, um mein Brot zu suchen? Auch da hielt ich Einkehr bei einem jungen Paar. Und als ich, den ersten Tag in der Fremde, abends meine blauen Hängelingsaugen in das weiche, rätselvolle Dunkel der Frühlingnacht richtete, da hörte ich auch das Paar in seine Kammer schlüpfen.

Lange harte Jahre bin ich seitdem gewandert, habe gekämpft, gelitten. Am Glück der andern gebaut, die Tischen der andern gefüllt. Ein Mann bin ich worden, so alt wie der, der damals und heute sein Weib in die Kammer geführt. Doch ohne Habe geblieben.

Und ohne den Kammerfrieden der andern, den ich gestern und vor zehn Jahren so deutlich gefühlt.

— Immer der andern, der andern!

A. G.

Das Ende der Wandergigeuner.

Schon vor längerer Zeit meldete eine kurze Radiozeitung aus Ungarn, daß einem Ueberleblichen aus romantischen Tagen, das ganz unzeitgemäß mitten in Europa noch sein Wesen trieb, ein Ende bereitet werden soll: die ungarische Regierung, durch die Kriegsverhältnisse in einem bereits gefassten Entschluß bekräftigt, erklärte sich für die Abschaffung des Wanderlebens der Zigeuner. Der Plan und die Mittel zur Durchführung des bereits begonnenen Unternehmens werden nunmehr in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft in den wichtigsten Punkten auseinandergesetzt. Es handelt sich um eine regelrechte Kolonisation der Zigeuner, deren Karawanen von Organen der Provinzialbehörden angehalten wurden, wo immer man sie traf. Die Mitglieder der Wandergesellschaften werden nach ihren Zuständigkeitsgemeinden gebracht; falls ihre Zuständigkeit sich jedoch nicht feststellen läßt, kommen sie nach jenen Gemeinden, an welchen sie sich zuletzt am längsten aufhielten. Sie werden hier einquartiert. Die Verwaltung ihres Vermögens wird von der Niederlassungsbehörde übernommen. Das aus Wagen, Pferden, Waffen usw. bestehende bewegliche Vermögen wird auf amtlichem Wege verkauft, die erzielte Summe ebenfalls zugunsten des Eigentümers verwaltet. Das Geld dient in erster Linie zum Ankauf dauernder Wohnsitz, zur Beschaffung landwirtschaftlicher Geräte usw. Falls eine Zigeunersfamilie sich als besitzlos erweist, werden die Kosten des Wohnhauses vom Staate getragen, nach zehn Jahren wird das Grundstück auf den Namen des Angesiedelten oder seines Rechtsnachfolgers als Eigentum grundbuchamtlich überföhrt. Den neuen Rechten und dem Schutz, den die Zigeuner auf diese Weise genießen, stehen natürlich auch die Pflichten des ordentlichen Staatsbürgers gegenüber. Die kolonisierten Zigeuner haben sich den Musterungsbestimmungen zu unterwerfen, und die Kinder sind schulpflichtig. Jeden Jahre nach Gründung der Kolonie wird die Vormundschaft der Gemeinde über die Bewohner aufgehoben, womit amtlich die Erinnerung an ihr einstiges „Zigeunertum“ gelöscht ist.

Notizen.

— Vorträge. Am Donnerstagabend 8 Uhr finden in der Krania zwei Vorträge über Mexiko statt. Oberst Dr. strumm-Geller spricht über mexikanische Sitten und Gebräuche. Hellmut Jelenka behandelt: „Mexiko und die deutsche Politik“. Eintrittskarten unentgeltlich an der Kasse.

— Die Zeitschrift „Neue Jugend“ herausgegeben am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Geschäftslokal des Kabinetts J. W. Neumann einen literarischen Propaganda-Abend.

— Eine Sozialakademie für Frauen soll in Düsseldorf gegründet werden. Die Anstalt wird Frauen und Mädchen Gelegenheit geben, sich in sozialer Berufsarbeit gründlich auszubilden.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

Der Erzähler holte die Zeitung aus der Tasche und las die blau angezeichnete Stelle, die er bereits auswendig kannte, mit übertriebener Lustigkeit vor. „Hört nur! Es ist ja zum Velausreißen! Wie verlaudet, ist die jeden Eidgenossen empörende Maßnahme, daß eine deutsche Regimentsmusik die Gründungsfeier des hiesigen Offiziersvereins begleiten soll, richtig wieder einem jener törichten Nachahfer preussischen Drills zuzuschreiben, deren Taten und Anmachungen wir uns nachgerade energisch verbitten. Es sollte uns nicht wundern, wenn bei dieser Gelegenheit die Langmut des Volkes reißt und den überzweigen Herren ein dicker Strich durch die geschwollene Rechnung gemacht würde. Der als verantwortliche zeichnende Instruktor Lenggenhager, der sich unlängst dadurch hervortat, daß er auf dem Horner Schlegelplatz mit einem wahren Indianergerüll in eine harmlose Ausflügelischer hineinritt, dürfte mit einer unvorhergesehenen, aber äußerst zugkräftigen Programmnummer zu rechnen haben, falls er nicht vorzieht, seinen schwarzweiß gestreiften Fiel noch rechtzeitig am Schwanz aufzukämmen.“ Was sagt Ihr zu diesem sablen Dchsenmaulsalat?

Die unheilwitternde Mutter rief empört: „Rein, aber auch! Was wollen denn die unverschämten Zwiirbel von dir?“

Der Herr Gemeinderat knurrte vorderhand nur, das Kömme ja lustig werden, wenn sie jetzt schon anfangen, seinen Namen in dertel Mäthern herumzuschmieren. Er brauchte Zeit, um die Tragweite solcher Ereignisse zu erfassen. Schließlich fand er die Geschichte höchst bedenklich. Er hielt dafür, es wäre viel gescheiter, wenn die Herren Offiziere eine noch so holprige schweizerische — statt eine deutsche Musik anstellten. Das letztere schein ihm eine wohlfeile Herausforderung.

„Wieso denn, das kann ich durchaus nicht einsehen! Da die Deutschen in den eidgenössischen Festhütten so gut wie zu Hause sind, warum sollten sie bei einem Offiziersfest Anstoß erregen? Das fehlte noch, daß wir uns von hergelaufenem Gefindel und sozialistischen Rabaukrütern den Kommt vor-schreiben ließen!“ entgegnete der Sohn, den der väterliche Tadel nicht überrastete, aber gleichwohl aufbrachte.

„Na, meinetwegen, macht was Ihr wollt, wir kommen da doch nicht zusammen!“ lehnte der Hausherr die weitere Diskussion verdrießlich ab. Er hatte nun einmal die grundsätzliche Voreingenommenheit gegen das geräuschvolle Militärwesen oder wie Adols das einmal im Jörn ausdrückte: es

komme ihm vor, wie wenn der Alte die Rut gegen das bunte Tuch von seinen Stieren geerd hätte.

Dafür nahm die beherzte Schwester, die des Jüngsten Laufbahn längst nicht mehr mit wohlwollenden Augen verfolgte, die Fehde begierig auf.

„Siehst du, das hast du nun dabon, daß du überall der Vorderste sein und den großen Herrn herauswehen willst! Es ist kein Wunder. Ich hab' schon lang etwas Derartiges erwartet“, bemerkte sie erbittert, verfiel aber gleich in ein gereiztes Lachen, als sie an des Bruders Handgelenk eine Armbanduhr gewahrte: „Herrje, sieh doch Verta, die neueste Mode! Jetzt trägt er, weiß der Himmel, auch so eine Fiterbanduhr! Es wird immer besser. Vor fünf Jahren hatte er noch einen fünfzölligen Schnauz — die Spigen konnte er am Hintertopf zusammenbinden — dann sah er eine Zeitlang aus wie von den Mäusen zerfressen und zuletzt mußte mit dem schäbigen Rest auch noch ausgeräumt werden. O Dösi, du bist, weiß Gott, manchmal noch der reinste Lorenbus! Dem imponierst du eigentlich mit solchen Zismatenten?“

Die Geschwister glühten sich in manchen Jügen und doch hätte ein Fremder sie auf den ersten Blick kaum dafür gehalten. Frau Emilie Gmür war als Regieremeistersgattin schon zu breit und wuchtig geworden, fast ebenso sehr wie die Mutter dem Fluch des Fleisches verfallen, eine wechshafte Frau, die sich im Umgang mit einem rohen Böcklein naturgemäß nicht verfeinert hatte. Ihren Armen und Händen sah man an, daß sie das Hackbeil kräftig handhabten und etwa auch eine Kalbsseite schaumvoll vom Haken auf die Fleischbank beförderten. Sie liebte im Grunde den jüngeren Bruder mehr als Vater und Mutter, ja sie wäre ihm sogar in seinen Nöten gerne beigestanden, hätte sie nicht schon seit Jahren schmerzlich gefühlt, daß ihr Dösi nicht nur ein Streber, sondern auch ein Abtrünniger war.

Er trat ihrer versteckten Bosheit offen entgegen. „Du mit deinen halbseidenen Fraubasereien hast es nötig, andere anzudöseln! Kimmere du dich gefälligst um deine Schinken-zucht, Frau Bratwursterin! Dir will ich sicher nicht imponieren!“ Etwas schwall in seinen Händen, die Kinnbacken krampflich sich zusammen. Er merkte, daß jetzt eine graufame Aussprache bevorstand, und er sagte sich: Gut, wenn es durchaus sein muß — warum denn nicht heute? Der Sturm draußen, bei dem alle Niegel knurrten, die Fenster wimmerten und die kalten Bäume sich gebärdeten, als wollten sie aufeinander losstürzen, lieferte gerade die rechte Musik dazu.

Frau Lenggenhager mit vorgebeugtem Haupte hinhorchend, spürte desgleichen, was im Anzug war; sie wies die aufgebrauchte Tochter böse zur Ordnung: „Krausbürste, die du bist!

Immer mußt du jetzt an ihm herummäkeln und früher durfte ihm in deiner Gegenwart keiner ein Härchen krümmen. O Schweig' doch! Um dir den Mund zu stopfen, ist er doch gewiß nicht heimgekommen!“ Dabei sah sie den Sohn erwartungsvoll aufmuntern an, ob er seine frohe Vorhofft endlich in vollem Umfange bekannzugeben werde. Allein sie kam zu spät. Die Frau „Bratwursterin“ war nicht mehr zu beschwichtigen. Mit einem einzigen Wort, das von beidem dem Spott trüfte, hatte der Bruder den heimlichen Zorn entfesselt.

„Rein, da hast du recht, du brauchst dich wahrhaftig nicht mehr zu verstellen. Und daß wir „Schinkenzüchter“ dem feinen Herrn ein Dorn im Auge sind, haben wir auch schon lang gemerkt,“ sagte sie bebend, schludend, zum Aufschluchzen bereit.“

Der Offizier fuhr ihr barsch in die Rede, sie solle Tatsachen vordringen oder schweigen; es sei vollkommen unter seiner Würde, auf dergleichen wieder Verdächtigungen zu antworten. Sein unster Blic verriet jedoch inneres Schwanken und Sichverschanzen, obwohl er herausfordernd dasah und die Weine fed übereinander schlug. Die Schwester ließ ihn keine Sekunde aus den Augen und bohrte ihren Blic in seine Jüge, als mühte sie den folgenden Worten zuerst einen Weg bahnen. „Ach was, Tatsachen! Wir sind jetzt nicht vor dem Untersuchungsrichter. Ich verlasse mich halt auf meine fünf Sinne. Oder meinst du, wir wüßten nicht, warum du seit bald einem Jahr keinen Fuß mehr in unser Haus gesetzt hast, trotzdem du fast jeden Tag daran vorbeist mußt? Ich weiß, was ich weiß. Im letzten Herbst, an der Gaslacher Schild, wi, du mit deiner vornehmen Sippshaft an unserem Tisch v. beistolztertest und dir schier den Hals verrenkstest, um un, nicht grüßen zu müssen, sind mir die Augen über dich aufgegangen. Schau mich doch an und sag, es sei erlogen. Gelt, dabon willst du nichts hören!“ Und plötzlich — d. der Offizier Wiene machte, hinauszu-gehen — überwältigt der Schmerz die starke Frau: „Noch vorgestern hat ihn ser Frigli vom Fenster voller Freude t ganz wehmütig gefragt, warum der Dunkel Dof denn g hat mehr zu uns komme!“ vermochte sie unter schätters Schwludzen noch zu bekennen. Es war schredlich zu n, wie die arme Seele den mächtigen Körper herumwarf. Ihre Schwägerin, ein älteres desgleichen mütterlich anschauendes Mädchen, das den stolzen Offizier seit Jahren heimlich bewunderte, stand schnell auf und ging hinaus, um ihre ebenfalls unaushaltbaren Tränen draußen zu vergießen. Sie durfte ja doch niemandem klagen, was bei diesem Zwist ihr eigenster Leidensanteil war.

(Fort. folgt.)

D. Preussisch-Preussische (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 11.ziehungstag 21. Mai 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the Prussian Class Lottery, 5th Class, 11th Drawing, May 21, 1917. Includes columns for numbers and corresponding prizes.

D. Preussisch-Preussische (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 11.ziehungstag 21. Mai 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the Prussian Class Lottery, 5th Class, 11th Drawing, May 21, 1917. Includes columns for numbers and corresponding prizes.

D. Preussisch-Preussische (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 11.ziehungstag 21. Mai 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the Prussian Class Lottery, 5th Class, 11th Drawing, May 21, 1917. Includes columns for numbers and corresponding prizes.

D. Preussisch-Preussische (235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 11.ziehungstag 21. Mai 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the Prussian Class Lottery, 5th Class, 11th Drawing, May 21, 1917. Includes columns for numbers and corresponding prizes.

Verkäufe

Leiblich-Thomas, Dramenstr. 44. Verkauf von Leinwand, Seiden, etc.
Leiblich-Moritz, 58a. Verkauf von Leinwand, Seiden, etc.
Tomaten, Kürbis, Majoran, etc.

Kaufgesuche

Metallkontor Peters, Brennenstr. 24. Kaufgesuche für Metallteile.
Metallkontor Peters, Heindorferstr. 12. Kaufgesuche für Metallteile.
Eparmentalle, Kupfer, Messing, etc.

Ständige Preise für Arbeitskräfte

Ständige Preise für Arbeitskräfte in verschiedenen Berufen.
Wachse, Paraffin, etc.
Glühbirnen, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.

Verkauf

Verkauf von verschiedenen Waren und Dienstleistungen.
Arbeiter, jugendliche, etc.